Einzelpreis 10 Pfennige | Halle, Mittwoch, den 18. Juni | Jahrg. 1924 • Nr. 140

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag. Sonnabends mit der Ill. Unterhaltungsbeil. „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ versch. Behörden. Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis für den Monat Juni 2,— Goldmark. Anzeigenpreis: Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 80 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44, Fernruf 4605, Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Frankreich und Deutschland.

Frieden und Freundschaft mit dem demokratischen Deutschland. • Schärfste Wachsamkeit und Kontrolle gegen das nationalistische Deutschland.

Herriots Programm.

Ein Programm der sozialen Gerechtigkeit nach innen und der Stabilisierung des Friedens nach außen.

Paris, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die Erklärung, mit der am Dienstag das Ministerium Herriot vor die beiden Kammern getreten ist, betont einleitend, daß die neue Regierung es für ihre Pflicht halte, das politische Wollen des französischen Volkes, wie es der Ausfall der Wahlen zum Ausdruck gebracht habe, in Taten umzusetzen. Im Innern wie nach außen habe die neue Regierung nur ein Ziel: dem Lande in der Arbeit und auf dem Wege des Fortschritts den Frieden, und zwar zunächst den moralischen Frieden zu geben. Wenn das neue Ministerium sich entschlossen habe, die Gesandtschaft beim Vatikan nicht beizubehalten und das Gesetz über die Kongregation zur Anwendung zu bringen, so geschehe das keineswegs im Geiste der Verfolgung oder der Intoleranz. Es wolle damit lediglich die notwendige Unterscheidung zwischen den Gebieten der Religion und denen der öffentlichen Angelegenheiten wiederherstellen. Nicht minder großen Wert lege die Regierung darauf, Frankreich den sozialen Frieden zu geben. Um ihre Absichten durch Taten zu beweisen, habe sie bereits am Dienstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der von der allgemeinen Amnestie nur die Hochverräter und diejenigen, die sich ihrer militärischen Dienstpflicht entzogen haben, ausschließe. Sie werde weiterhin die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner in die Wege leiten, und um die parlamentarischen Garantien wiederherzustellen, habe sie die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes beantragt. Als ihre wichtigste Aufgabe sehe sie eine gründliche Reform der inneren Verwaltung an. Den Beamten verbiete die Regierung nicht, sich in Berufsverbänden zu vereinigen. Sie gewähre ihnen ausdrücklich das Koalitionsrecht, aber sie werde, wenn die Beamten dieses Recht gegen die Interessen der Volksgesamtheit mißbrauchen sollten, mit allen ihr nach Gesetz und Rechtsprechung zustehenden Mitteln eingreifen. Die Kammer werde sich schon in allernächster Zeit über eine Reform des Wahlrechts auszusprechen haben. Unter den gegebenen Umständen erscheinen der Regierung die Arrondissements-Wahlen mit entsprechenden Verbesserungen und ausreichenden Schutzmaßnahmen gegen Mißbrauch das klarste, gerechteste und sauberste Wahlsystem. Um die völlige Angliederung von Elsaß-Lothringen zu beschleunigen, werde sie das Generalkommissariat aufheben und unter Schonung der berechtigten Interessen der Bevölkerung die Einführung der französischen Gesetzgebung in den wiedereroberten Provinzen fördern. In den zerstörten Gebieten werde sie mit allen Mitteln den Wiederaufbau seiner Vollendung entgegenzuführen versuchen. Ueber das soziale Programm verbreitet sich die Regierungserklärung wie folgt: In einer wahren Demokratie gebe es ein stabiles Gleichgewicht nur in der Bewegung. Deshalb werde das neue Ministerium die Errungenschaften der Arbeiterschaft nicht antasten lassen. Sie werde das Gesetz über den Achtstundentag aufrechterhalten, das die materielle und moralische Situation der Festbesoldeten schon wesentlich verbessert habe. Sie wünsche die prompte Ratifizierung der auf den internationalen Arbeitskonferenzen von Washington und Genf zustande gekommenen Vereinbarungen. Die Erklärung kündigt sodann die Beibehaltung und Modernisierung der staatlichen Industriemonopole, die Durchführung einer Sozialversicherung, „die den wichtigsten Faktor der Produktion, den Arbeiter und den Bauer, gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit, die Unbilden des Alters und der Arbeitsunfähigkeit sicherstellen soll", und eine Reform des Bildungswesens an, die den Aufstieg in die höheren Schulen nicht mehr von dem Geldbeutel der Eltern, sondern von dem Können und den Fähigkeiten der Kinder abhängig macht. Auf finanziellem Gebiete beabsichtigt die Regierung zunächst einmal eine Inventur der gegenwärtigen Lage aufzustellen und dann mit allen Mitteln, insbesondere durch schärfere Kontrolle der Ausgaben und durch regere Einziehung der Steuern, das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Die Einkommensteuer soll zur Basis einer wirklich demokratischen Finanzpolitik gemacht und durch Einführung anderer direkter Steuern ein Abbau der Verbrauchsabgaben und insbesondere der Umsatzsteuern in die Wege geleitet werden. Auf militärischem Gebiete soll im Zusammenhang mit einer gründlichen Reorganisation des Heereswesens, die den Lehren und Erfahrungen des Krieges Rechnung tragen wird, eine weitere Herabsetzung der allgemeinen Dienstzeit in die Wege geleitet werden.

Das außenpolitische Programm

wird eingeleitet mit der Versicherung, daß Frankreich jeden Gedanken an Annexionen und Eroberungen weit von sich weise. Was Frankreich wolle, sei der Friede sowohl für Frankreich selbst als auch für die anderen Völker. Die Regierung werde mit Festigkeit die Rechte verteidigen, die in den Friedensverträgen festgelegt seien. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen, und es mache darauf Anspruch im Namen der Gerechtigkeit. Sobald Deutschland seine Politik in den Fragen der Reparationen und der Sicherheit mit dem Friedensvertrag in Einklang gebracht habe, werde sein Eintritt in den Völkerbund nur noch von seinem eigenen Willen abhängig sein.

„Wir sind", fährt die Erklärung fort, „Gegner einer Politik der Isolierung und der Gewalt, die zu militärischen Besetzungen und zur Ergreifung lokaler Pfänder führt. Aber in Anbetracht des augenblicklichen Zustandes in Deutschland, in Anbetracht der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern auch andere Völker gegen eine neue Offensive des nationalistischen Alldeutschtums zu schützen, glauben wir die Ruhr erst räumen zu können, wenn die von den Sachverständigen, deren Bericht wir ohne Hintergedanken annehmen, in Aussicht genommenen Pfänder samt ausreichenden und billigen Garantien für die loyale Erfüllung konstituiert und den für ihre Verwaltung vorgesehenen nationalen Organismen ausgehändigt sind. Wir sind weiterhin der Ansicht, daß im Interesse des Friedens die Entwaffnung Deutschlands überwacht werden muß, zunächst durch die Alliierten gemeinsam und dann sobald als möglich durch den Völkerbund. Das Problem der Sicherheit werden wir auf dem Wege von Garantieverträgen zu lösen haben, die ebenfalls der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden sollen. Um den Beweis unserer Friedensbereitschaft zu geben, gehen wir sogar darüber hinaus. Frankreich kennt keinen Haß. Unsere Regierung wird keine Schwäche kennen gegenüber denjenigen Elementen in Deutschland, die den Gedanken der Revanche und einer monarchistischen Restauration wiederaufleben lassen wollen, aber sie möchte gleichzeitig die deutsche Demokratie zu stärken. Deshalb gibt sie schon heute einer Reihe von Maßnahmen des Wohlwollens ihre Zustimmung. Alle diejenigen, deren Strafen durch die Besatzungsbehörden suspendiert worden sind, sollen definitiv begnadigt werden. Die Amnestie soll auf alle politischen Verurteilten Anwendung finden, mit Ausnahme derjenigen, die Attentate gegen die Sicherheit der Truppen begangen haben. Die Aufhebung der Ausweisungen soll erfolgen für alle kleinen Beamten und Angestellten, die lediglich in Ausübung gewisser Befehle gehandelt haben."

Interpellation der Regierungserklärung.

Paris, 18. Juni. (WTB.)

In der gestrigen Kammersitzung sprach als erster Interpellant der Kommunist Cachin. Er erklärte u. a., der Sachverständigenplan werde ebensowenig wie alle anderen das Reparationsproblem lösen, und seine wahrhaftige Bedeutung bestehe darin, Deutschland und hierauf Frankreich unter die Herrschaft der angelsächsischen Plutokratie zu bringen. Danach sprach Rollin von der Republikanischen Union, der erklärte, seine politischen Freunde hätten nicht die Absicht, Herriot das Recht streitig zu machen, an der Spitze der neuen Regierung zu stehen. Wenn Herriot nicht nach London gehe, müsse er an ihn die Frage richten, unter welchen Bedingungen er den Frieden von Versailles ausführen lassen wolle. Herriot müsse klar zum Ausdruck bringen, daß die Regierung nicht auf die Wacht am linken Rheinufer verzichte. (!) Nach dieser Rede wurde die Sitzung gegen 6 Uhr abends unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission, Dubois, man müsse mit der Reparationskommission die Frage der interalliierten Schulden behandeln, sonst werde man Frankreich der Gefahr aussetzen, den Alliierten eine Milliarde mehr bezahlen zu müssen, als es von Deutschland erhalten habe. Hierauf wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

Das Vertrauen für Herriot.

Paris, 18. Juni. (WTB.)

Die Kammerfraktionen des Blocks der Linken verständigten sich über die gemeinsame Tagesordnung, die der Regierung das Vertrauen ausspricht und deren Annahme mit großer Mehrheit von Anfang an sicher war.

Doumergues Botschaft.

Der Präsident der Republik, Doumergue, gab heute im Ministerrat Kenntnis von der Botschaft, die er an Kammer und Senat richtet. In seiner Botschaft erklärt Doumergue: „Unser Land hegt keinen gefährlichen Ehrgeiz. Es verlangt nur die Zahl der Reparationen, die ihm feierlich versprochen wurde, und Sicherheitsgarantien, die nicht illusorisch sind. Durch das Sachverständigengutachten scheint die Reparationsfrage ihrer demnächstigen Lösung entgegengehen zu wollen; aber wir dürfen in unserem versöhnlichen Willen nicht so weit gehen, unsere Wachsamkeit einzuschläfern, um die Lehren der Vergangenheit zu vergessen. Frankreich darf nicht auf die Kontrolle verzichten, die es kraft der Friedensverträge über einen Besiegten ausübt, der ihn den Anschein erweckt, daß er die Revanche vorbereitet, anstatt die unterzeichneten Versprechen einzuhalten. Das Parlament wie das Land lieben den Frieden ebenso sehr nach außen hin wie im Innern, und werden sich daher bemühen, den einen wie den andern auf bester Grundlage aufzubauen. Mein innigster Wunsch ist es hierbei, soweit es die Verfassung erlaubt, zu helfen und Frankreich auch weiterhin meine Erfahrung und meine Hingabe zur Verfügung zu stellen.

Die dargebotene Hand.

÷ Halle (Saale), 18. Juni.

Das außenpolitische Programm Herriots wird unseren Deutschnationalen natürlich wie alles, was aus Frankreich kommt, Gelegenheit geben zu erklären, die neue Regierung setze die Poincaré-Politik fort. In der Tat besteht Herriot auf Reparationen, Sicherheit Frankreichs und Durchführung des Friedensvertrages. Aber darüber war wohl kein vernünftig denkender Mensch in Deutschland im Zweifel, daß Frankreich auf seine Reparationsforderungen weder verzichten würde, noch verzichten könne. Die deutsche Demokratie hat von dem neuen Kabinett nichts weiter als die Wiederherstellung des Rechtszustandes zwischen beiden Nachbarvölkern und die Beschränkung der französischen Forderungen auf das national und international Erträgliche verlangt. Diese letzte Forderung ist durch den Beitritt Frankreichs zum Sachverständigengutachten erfüllt worden. Für die Erfüllung der ersten der Forderungen hat sich Herriot gestern in seiner Regierungserklärung sehr unzweideutig ausgedrückt. Er glaubt die Ruhr erst in dem Augenblick räumen zu können, wo Deutschland die von den Sachverständigen als Ersatz in Aussicht genommenen Pfänder samt den nötigen Garantien für die loyale Erfüllung konstituiert und den für ihre Verwaltung vorgesehenen nationalen Organismen ausgehändigt hat. Es liegt also an der deutschen Regierung, die erforderlichen Gesetze mit größter Beschleunigung zu schaffen und für ihre Durchführung zu sorgen. Die deutsche Reichsregierung hat es in der Hand, die Ruhrbesetzung zu verlängern bzw. zu verkürzen. Sie wird sich allerdings nicht darauf beschränken dürfen, mehr oder weniger ungeschickte Reden ihre Minister halten zu lassen, sie wird vielmehr auf dem Weg aktiver Gesetzgebung die Befreiung des Ruhrgebietes zu betreiben haben. Daß die Sozialdemokratie jede Regierung in diesem Streben aufs entschiedenste unterstützt, bedarf gar keiner Frage. Die Sozialdemokratie hat erst auf ihrem Parteitag zu erkennen gegeben, daß die Befreiung von Millionen Menschen jedes Opfer wert ist.

Herriot hat sich in seiner Regierungserklärung dann für die Ueberwachung der Entwaffnung Deutschlands ausgesprochen. Diese Entwaffnung soll zunächst gemeinsam durch die Alliierten und dann sobald wie möglich durch den Völkerbund erfolgen. Auch diese Stelle in der Rede des neuen Ministerpräsidenten wird unsere Nationalisten zu einer albernen Hetze veranlassen. Wir stehen nicht an zu erklären, daß angesichts der dauernden Revanchereden und Revancheartikel der deutschen Nationaille jede französische Regierung den Namen eines Trottel-Kabinetts verdiente, die nicht Sicherheitsmaßnahmen gegen die deutsche Ludendorfferei ergriffe. Hinzukommt, daß der deutsche Außenminister vor nicht allzulanger Zeit sich zur Abwechselung auf die Seite der sogenannten vaterländischen Verbände gestellt und damit zu erkennen gegeben hat, daß das schwarzweißrote Gift ziemlich tief bis in die offiziellen Kreise vorgedrungen ist. Natürlich empfindet jeder freie Mann in Deutschland, empfindet auch die Regierung die Militärkontrolle als eine Schmach, aber die Regierung hat ein sehr einfaches Mittel, diese Schmach zu beseitigen. Sie gehe mit größerer Schärfe als bisher gegen den Fascismus vor, sie bekämpfe die illegalen Organisationen, sie reorganisiere die Rechtsprechung des Hochverrats, sie schreite mit allen Machtmitteln gegen die Verrücktheiten des Nationalismus ein, und sie wird das demokratische Frankreich sehr schnell davon überzeugen, daß die interalliierte Militärkontrolle, einseitig gegen Deutschland ausgeübt, nicht nur überflüssig, sondern auch im Interesse des internationalen Zusammenlebens schädlich ist.

Die neue französische Regierung hat gestern erklärt, die deutsche Demokratie stärken zu wollen. Sie hat gleichzeitig Maßnahmen getroffen, die geeignet sind, ihren Worten in Deutschland Resonanz zu verschaffen. Die Amnestie für die politisch Verurteilten des besetzten Gebietes ist ein erster, aber sichtbarer Schritt in dieser Richtung. Schätzen wir dies Entgegenkommen nicht zu gering ein. Bedenken wir, daß wir größeres Entgegenkommen nur dann erreichen, wenn wir selbst zu erkennen geben, daß wir den Weg der Verständigung beschleunigt und mit Bewußtsein beschleunigt beschreiten. Jede versäumte Stunde ist ein Schlag gegen die besetzten Gebiete und ihre Einwohner. Jeder legislative Schritt auf dem Wege der Durchführung des Sachverständigengutachtens bedeutet aber Verkürzung der Besetzung, Herbeiführung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, bedeutet Stärkung der deutschen Demokratie, bedeutet Ausschaltung und Schwächung des deutschen Nationalismus. Die deutsche Regierung hat von der französischen Demokratie das Mittel erhalten, einem Sechzigmillionenvolke zu helfen. Das Sechzigmillionenvolk erwartet, daß ihm geholfen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0001

Die Thüringer Anschlußfrage.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die bürgerliche Presse erörterte in diesen Tagen eifrig den Anschluß Thüringens an Preußen und knüpfte daran Vermutungen und Hoffnungen verschiedenster Art. Die sozialdemokratische Presse Thüringens lehnte dagegen den Anschluß Thüringens an ein anderes Land mit dem Hinweis ab, daß Thüringen lebensfähig genug wäre. Um Klarheit über die Kombinationen der bürgerlichen Presse zu schaffen, richtete der sozialdemokratische Abgeordnete **Frölich** in der Dienstagsitzung des Landtags folgende Anfrage an die Regierung:

„Der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags sind Mitteilungen von außerthüringischen Stellen zugegangen, wonach die thüringische Landesregierung, nachdem in der außerthüringischen Presse die Frage des Anschlusses Thüringens an ein anderes Land erörtert worden ist, mit der preußischen und bayerischen Landesregierung in Verhandlungen eingetreten sei, um den Anschluß an eines dieser Länder herbeizuführen. Begründet soll dieses Vorgehen damit sein, daß Thüringen finanziell nicht bestehen könne. Da die sozialdemokratische Fraktion vermeiden will, daß derartige Gerüchte weiteren Umfang annehmen, richtete sie angesichts dieser Mitteilungen an die Regierung die Frage: Haben Verhandlungen im besagten Sinne und mit welchen Regierungen stattgefunden?"

Auf diese Anfrage erwiderte Staatsminister **Leuthäuser**, daß die thüringische Regierung weder mit Preußen noch mit Bayern wegen eines Anschlusses des Landes Thüringen an eines dieser Länder Verhandlungen gepflogen habe. Die thüringische Regierung stehe auch den Gerüchten vollständig fern.

Dazu bemerkt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß trotzdem Bestrebungen genannter Art in den bürgerlichen Fraktionen besprochen wurden. Diese Besprechungen dürften auch Anlaß zu den Kommentaren über einen Anschluß Thüringens an Preußen oder Bayern gegeben haben.

Der thüringische Kultusminister schützt das Ehrhardt-Lied.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Abg. **Greil**, der frühere thüringische Volksbildungsminister, richtete an die Regierung nach der Darstellung eines Vorfalles, in dem eine Schulklasse das Ehrhardt-Lied unter Aufsicht des Lehrers gesungen hat, eine Anfrage, ob die Regierung das **Ehrhardt-Lied** für die Schule **nicht verbieten** wolle, wie das auch in Preußen geschehen sei. — In der Dienstagsitzung des Landtags führte der volksparteiliche Volksbildungsminister **Leuthäuser** dazu u. a. folgendes aus: „Ein Verbot des Ehrhardt-Liedes besteht auch für die Schule gegenwärtig nicht. Für das Volksbildungsministerium besteht auch kein Anlaß zu einem solchen Verbot nach dem Vorgange Preußens, auch wenn der dortige Kultusminister ein Parteifreund des jetzigen Volksbildungsministers ist. Der in der Anfrage erwähnte Vorfall, nach welchem auf einem Spaziergange nach Tiefurth eine Mädchenschulklasse das Schul-Ehrhardt-Lied gesungen haben soll, kann nach Lage des Falles allein noch keinen Anlaß zu besonderen Maßnahmen geben.

Thüringen ist also auf bestem Wege zum Ordnungsstaat nach bayerischem Muster. — Es lebe der Hochverrat und der Mord auch in Thüringen!

Der Mörder als Angestellter des Landbundes.

Stettin, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Am Dienstag wurde die Verhandlung im Mordprozeß **Graf** mit der Vernehmung des Angeklagten **Engeler** fortgesetzt. Er bestätigt im wesentlichen die Aussagen Kawfs und **gestand, drei Schüsse auf den Belgier abgegeben zu haben.** Später habe er sich mit den übrigen Angeklagten in der Wohnung des **Polizeileutnants Sander** getroffen, der ihm **5000 Mk. aushändigte. (!)** Dann habe er in Zivilkleidern einen Polizeileutnant in Oberhausen aufgesucht und kurz darauf einen Urlaub in die Heimat angetreten. In Stettin erhielt er eine **Stellung beim Landbund. (!)** Bei seiner Verhaftung legte Engeler bereits ein teilweises, aber sich widersprechendes Geständnis ab. Jetzt behauptet er, die Schüsse abgegeben zu haben, nachdem der erste Schuß Kawfs bereits gefallen sei. Später ist Polizeileutnant Sander nach Stettin versetzt worden. Hier hat Engeler die Beziehungen zu ihm wiederaufgenommen. Der Oberstaatsanwalt legt nach der Vernehmung Engelers auf die Feststellung, daß Engeler am 28. Januar 1923, also einen Tag nach dem Urteil des belgischen Gerichts gegen Reinhardt und Genossen als erster aussagte, die drei Angeklagten hätten sich vorher verabredet und u. a. auch vereinbart, daß Schwirrat, der dritte Angeklagte, mit seiner Dienstpistole nicht schießen solle.

Es folgt dann die Vernehmung **Schwirrats**. Er schildert ausführlich und freimütig die Vorgänge. Als Kawf in den Straßenbahnwagen stieg, will er die Worte gehört haben: „Kommt, das ist **Schmitz**" (der belgische Polizeiagent), der den Schmilewski erschossen hat. Schwirrat sprang bald wieder ab. Als die Bahn etwa 300 Meter entfernt war, hörte er Schüsse knallen. Dann traf er sich mit den beiden Angeklagten in einer Nebenstraße. Schwirrat ging dann ebenfalls in Urlaub, erhielt aber bald ein Telegramm, sich wieder in Hamborn einzufinden. Hier sollte er sich den belgischen Behörden stellen. Dem entging er dadurch, daß er wieder abreiste. In Stettin erhielt er durch Vermittlung des **Landbundes** eine Stellung.

Nach der Mittagspause wird die Vernehmung Schwirrats fortgesetzt. Dann werden von dem Gerichtsassessor Radt als Dolmetscher die Akten des belgischen Kriegsgerichts wegen Ermordung des Graf verlesen. (Fortsetzung Mittwoch.)

Hilfsaktion für die Opfer des Ruhrkampfes

Die Zurückkehrenden ohne Wohnung.

Die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** hat, wie wir bereits gemeldet haben, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert, der 1. die Richtlinien für die Betreuung der Opfer des Ruhrkampfes nachprüfen und die Beschwerden sichten, 2. Hilfsmaßnahmen für die wirtschaftlich Geschädigten vorschlagen und 3. der Wohnungsbeschaffung seine besondere Aufmerksamkeit schenken soll.

Ueber die Hilfsaktion für die Opfer des Ruhrkampfes erfahren wir aus dem Ministerium für die besetzten Gebiete, daß über die grundsätzliche Gestaltung der Richtlinien keine Beschwerden vorliegen. Die Beschwerden betreffen in der Hauptsache nur die **Handhabung der Richtlinien** durch gewisse örtliche Unterorgane, wie das auch schon früher bei vielen Hilfsmaßnahmen für das besetzte Gebiet der Fall war.

Bei den Maßnahmen für die wirtschaftliche Sicherstellung der Zurückkehrenden handelt es sich in erster Linie um die Sorge für die **Geschäftsleute** und **freien Berufe**, da die Beamten ihre Gehälter weiterbeziehen und bei Wohnungsbeschlagnahmungen durch ein gesetzmäßiges Verfahren auf Grund des Okkupationsleistungsgesetzes schadlos gehalten werden. Für die Geschäftsleute und freien Berufe ist eine Regelung im Werden, die zunächst einmal mit Zuschüssen Hilfe schaffen will.

Die schwierigste Aufgabe liegt in der Frage der **Wohnungsbeschaffung**. Es kehren Tag für Tag Gruppen von Eisenbahnern, meist etwa 100 Mann stark, ins besetzte Gebiet zurück. Die Zurückgekehrten sprechen auf den Rathäusern vor und verlangen zunächst **Wohnung**, da ihre bisherigen Wohnungen von Regieeisenbahnern benutzt werden. Es gibt dabei oft unerquickliche Szenen, wie gewisse Vorfälle in Koblenz, Bonn und Düsseldorf zeigen. Nun hat das Reich im besetzten Gebiet bis vor kurzem eine große Bautätigkeit entfaltet. Es wurden eine Reihe von Wohnungsneubauten für die Besatzung ausgeführt, die von der Besatzung nicht in Anspruch genommen werden, zum großen Teil aber aus Mangel an Mitteln nicht fertiggestellt werden konnten. Der neue Reichsetat sieht hierfür ebenfalls keine Mittel mehr vor. Diese Bauten sollen nun an die Gemeinden oder an Baugenossenschaften verkauft und der Erlös aus dem Verkauf soll für die Fertigstellung der Bauten verwandt werden. Das ist der einzige Weg, die furchtbare Wohnungsnot im besetzten Gebiet zu beheben. Die Wohnungsämter haben vor kurzem noch die besondere Anweisung erhalten, die zurückkehrenden Opfer des Ruhrkampfes bei der Vergebung von Wohnungen in **erster Linie** zu berücksichtigen.

Sturm gegen Scheidemann.

Kassel, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung hatte am Montagabend die Bettgemeinschaft von **Deutschnationalen** und **Völkischen** einen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister **Scheidemann** eingebracht, um einen Teil der Versprechungen einzulösen, die sie ihren Wählern vor dem 4. Mai gegeben hatte. Der Antrag wurde, da sich die Demokraten und das Zentrum völlig ins Schlepptau der Rektion nehmen ließen und sich der Stimme enthielten, mit 21 gegen 19 Stimmen **angenommen**. Trotzdem ist es der Rechten, da die Stadtverordnetenversammlung 55 Stadtverordnete zählt, **nicht gelungen**, die **Mehrheit** der Stadtverordnetenversammlung für ihr Mißtrauensvotum zu gewinnen. Vielmehr vereinigten sich auf einen **sozialdemokratischen Antrag**, der in seinem Inhalt eine **Vertrauenserklärung** für den Oberbürgermeister enthielt, **mehr** Stimmen als auf den deutschnationalen Mißtrauensantrag. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion richtete daher zum Schluß seiner Ausführungen die Bitte an den Oberbürgermeister, an seiner Stelle zu bleiben.

Die südafrikanischen Wahlen.

Kapstadt, 18. Juni. (WTB.)

Nach den bis gestern abend vorliegenden Wahlergebnissen haben die südafrikanische Partei 25, die **Arbeiterpartei** 18, die nationalistische Partei 12 und die Unabhängigen einen Sitz erlangt.

Der Jahrestag Stamboliiskis in Bulgarien

Der nachstehende Artikel mußte bis zum heutigen Tage infolge der viel Platz beanspruchenden Parteitagsberichterstattung zurückgestellt werden. D. Red.

Der 9. Juni ruft die Erinnerung an einen schmachvollen Tag wach, der die neue bulgarische Nationalgeschichte aufs schwerste erschütterte. An diesem Tage, im Jahre 1923, spielte sich eine blutige Episode des Kampfes um die Freiheit ab. Kämpfte doch der Terror der Bildung gegen den der Unbildung; das Neue gegen das Alte.

Vor einem Jahre wurde die gesetzmäßige Bauernregierung durch Verrat und mit der Gewalt der Bajonette von einer konspirativen Organisation von Reservegeneralen und Professoren gestürzt, um als selbstberufene Wohltäter des Volkes zu regieren.

Betrachten wir nun aber einmal die Ursache dieses schrecklichen Geschehens.

Bulgarien hat im Laufe der letzten 10 Jahre zwei aufeinanderfolgende große territoriale, ökonomische und politische Katastrophen überstanden und wurde im Jahre 1918 vor die Frage gestellt, ob es als selbständiges Staatsgebilde weiter existieren sollte oder nicht. Die damalige Regierung — die Führer der rechten bulgarischen Parteien verzichteten darauf, ihr Land zu retten — erließ einen Aufruf an den Volksführer (Stamboliiski und seine Kameraden), selbst für die Rettung des Landes zu sorgen. Diese schwere Aufgabe hat dann darauf der Bauernbund (Bauernpartei) als die stärkste politische Organisation auf sich genommen. Der Kriegsnachlaß, mit dem sich der Bauernbund befassen mußte, war außergewöhnlich groß. Staat und Volk waren gründlich zerstört. In Dorf wie Stadt war das Elend groß und hohe Steuern waren zu bezahlen. Das skrupellose Verhalten der Regierenden ermöglichte es gewissenlosen Händlern, Kaufleuten und deren Verbündeten, schamlose Spekulationen zu betreiben und das Volk in unerhörter Weise auszunutzen. Die Geistlichkeit unterstützte den Aberglauben und die Unwissenheit des Volkes und verschlimmerte somit die schon ohnehin trübe Lage.

Der Staat selbst befand sich in traurigster Verfassung. Seine Kassen waren längst leer, denn alles Geld war für Kriegsmaterialien verbraucht und hatte der Krieg alle Volkswerte verschlungen. In dieser trostlosen Situation mußte das ausgenutzte Land noch eine Belagerungsarmee unterhalten, da der Belagerungszustand verhängt war, und Bulgarien von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten war.

Mit dem Vertrag von Versailles wurde Bulgarien die Reparationsschuld zugesprochen und es wurden Forderungen gestellt, die weit über das hinausgingen, was das Reich an unter- und überirdischen Schätzen besaß.

In solch einer Verfassung übernahm der Bauernbund, an der Spitze mit Stamboliiski das Reich. Was tat er nun, um zu retten und zu helfen?!

Um den drohenden Untergang des gesamten Volkes abzuwenden, waren schnelle Entschlüsse und entscheidende Handlungen notwendig. Zunächst hat die Regierung Stamboliiski die Schulgesetze revidiert, die Progymnasialbildung gesetzlich dringend gemacht, den Bau von Schulgebäuden begünstigt, sich selbst dabei materiell betätigt und hoffte somit, den verlorengegangenen Glauben der Nation wiederzugewinnen. Die materielle Lage der Bauern, Arbeiter und Beamten zu verbessern, unterzog die Regierung die Steuergesetze einer Revision und schuf neue Grundlagen, nach welchen die Steuerbelastungen proportional dem Erträgnis zu regeln waren. Zu gleichem Zweck hat sie das Gesetz für Bodenbenutzung und Boden-Eigentumsrecht eingeführt, nach welchem dem Großgrundbesitzer Boden genommen wurde, um diesen parzelliert an Kleinbodenbesitzer abzugeben.

Der Wohlstand vieler Städte und Dörfer wurde dadurch gehoben, daß die Regierung ein Gesetz für Zwangsstaatsarbeit schuf. Jeder Staatsbürger war verpflichtet, im Jahr 10 Tage unentgeltlich für den Staat zu arbeiten, wofür ihm seine Steuern entsprechend reduziert wurden. Auf diese Weise konnten Landwege und Chausseen, die vorher unbenutzbar waren, wieder brauchbar gemacht werden.

Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wie Getreide, Tabak, Rosenöl, Baumaterialien usw., wurden in großzügigster Weise durch günstige Kredite ermöglicht und gefördert. Es wurden Erzeugungsgenossenschaften gegründet, welche hauptsächlich von der bulgarischen National-Agrarbank kreditiert waren.

Für die Rettung des Staates hatte die Regierung Stamboliiski ferner eine Verminderung der Reparationsschuld von 2 Milliarden 250 Millionen auf 500 Millionen französische Goldfranken, zahlbar in 60 statt in 32 Jahren. Die Staatsbilanz war ausgeglichen und stabilisiert, die Valute blieb fest.

Nach dem eben Gesagten ist es verständlich, welche bedeutende Rolle der Bauernbund für Bulgarien nach dem Krieg spielte. Das kleine Land ist Jahrhunderte lang nur ein Spielball der Westmächte gewesen.

Durch die so gestärkte Macht des Bauernbundes ist es zu ver-

Das Vierelton-Klavier.

Die Versuche, neue Ausdrucksformen und Mittel zu finden, haben zu dem Wunsch nach einer Erweiterung der bis heute in der Musik gebrauchten Tonreihen geführt. Das Bestreben geht dahin, unsere seit dem Ende des 17. Jahrhunderts gebrauchte temperierte Halbtonskala, d. h. einer Tonreihe, welche den Raum zwischen Prim und Oktav entgegen den physikalischen Gesetzen in zwölf gleiche Teile (Halbtöne) aufteilt, durch weitere Halbierung der Halbtöne in Viertel, also 24mal, zu teilen. Bereits vor Jahren machte Richard H. Stein den Versuch, eine Vierelton-Klarinette, sogar ein kleines Vierelton-Klavier zu bauen. Ein Vierelton-Harmonium existiert auch bereits, dessen Erbauer Möllendorff die praktische Anregung zum Bau des nunmehr von der Braunschweiger Klavierfabrik **Grotrian Steinweg** erfundenen **Vierelton-Klaviers** gab. Die dabei zu überwindenden Schwierigkeiten des Baues eines Vierelton-Klavieres waren deshalb groß, weil man einen Weg finden mußte, der die — an Stelle der früheren 88 Halbtöne des Normalklavieres tretenden — 176 Vierteltöne zu unterbracht:, daß das ursprüngliche Oktavmaß von 18,8 Zentimeter nicht wesentlich überschritten wurde, damit durch eine Verbreiterung des Maßes die Spielfähigkeit des Instrumentes nicht beeinträchtigt würde. Man sah daher von der Unterbringung der 176 Vierteltöne in **einem** Gehäuse ab und konstruierte einen Vorsetzapparat, der vor zwei Klaviere derart vorgeschoben werden kann, daß die Klaviatur dieses Vorsetzapparates gewissermaßen zur Zentralklaviatur für die beiden Normalklaviaturen wird. Die beiden Normalklaviere werden nun so gestimmt, daß das linke die übliche Kammertonstimmung, das rechte eine Stimmung um einen Vierelton höher erhält. Da die Spielart beider Normalklaviere in dem Spieltisch des Vorsetzapparates ausläuft, ist eine zweckmäßige Veränderung der Tastatur des Vorsetzapparates notwendig geworden. Grundsätzlich behält dieser die Schwarzweiß-Tastatur bei, schiebt aber zwischen diese Tastatur braune Tasten für die Vierteltöne derart ein, daß das Oktavmaß des Normalklaviers nur um 6 Millimeter verbreitert wird. Die sinnreiche Mechanik des Vorsetzapparates beruht auf einm doppelt übersetzten Hebelwerke, das dem Spieler jede Klangschattierung sowie jede Beweglichkeit der Spielart gestattet.

Reichstagshandbuch. Im Verlage Dietz Nachf., Berlin, ist vor einigen Tagen ein Handbuch erschienen unter dem Titel: „Der Deutsche Reichstag, gewählt am 4. Mai 1924". Das Buch, das 70 Seiten umfaßt und zum Preise von 1 Mk. zu haben ist, enthält neben einer Wahlkreiskarte eine Uebersicht über die prozentuale Verteilung der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen, eine Zusammenstellung sämtlicher Abgeordneter des Reichstags sowie die Photographien von sämtlichen sozialdemokratischen Abgeordneten nebst mehr oder weniger ausführlichen Lebensbeschreibungen. Das Buch ist ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle diejenigen, denen es darum zu tun ist, in anschaulicher Fühlung mit der parlamentarischen Vertretung der deutschen Sozialdemokratie zu bleiben. Es ist in der „Volksblatt"-Buchhandlung vorrätig; seine Anschaffung bzw. Bestellung kann dringend empfohlen werden.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr: „Die Fledermaus". Donnerstag: „Kolportage". Freitag (zum ersten Male): „Cavaleria rusticana" und „Bajazzo". Musikalische Leitung: Fritz Volkmann; Regie: Aug. W. Roesler. In den Hauptrollen sind beschäftigt („Cavalleria") die Damen Günzel-Dworski, Böhmer, Kolb sowie die Herren Müller-Raven und Oerner; („Bajazzo"): Frau Voß-Andrée, die Herren Berghoff, Oerner, Abeck, Borriß. Sonnabend (zum letzten Male): „Der Halling".

Sonderveranstaltungen im Stadttheater. Montag, den 23. Juni, 7½ Uhr: Opern- und Balletttänze der Dalcroze-Schule von Hedwig Nottebohm. Ausgeführt von 50 Mitwirkenden. — Dienstag, den 24. Juni: „Die Meistersinger von Nürnberg" unter Leitung von Dr. Georg Göhler. Zu dieser Vorstellung wurden folgende Gäste gewonnen: Plaschke (Hans Sachs), Ermold (Beckmesser), Krauß (Stolzing), Stüngner (Evchen). — Am Donnerstag, dem 26. Juni, veranstaltet die Philharmonie ein Symphoniekonzert. Leitung: Dr. Göhler. Solist: Professor Max Bauer. — Freitag, den 27. Juni: „Parsifal" mit folgenden Gästen: Plaschke (Amfortas), Braun (Gurnemanz), Hutt (Parsifal), Habich (Klingsor), Wildbrunn (Kundry). Der Vorverkauf für sämtliche Veranstaltungen täglich an der Thaterkasse.

Volksbühne. Da die angesetzten „Fledermaus"-Vorstellungen ausverkauft sind, wird „Die Fledermaus" auf vielfachen Wunsch am 25. Juni nochmals gegeben. Zu dieser Vorstellung können die Mitglieder, die „Die Fledermaus" nicht gesehen haben, jetzt Karten in der Geschäftsstelle erhalten.

Juni-Nacht.

Von Anna Jussen.

Blauschattende Juninacht! Du Nacht der Blutrosen, der süßen, heißgelben Teerosen und der totenbleichen Lilien! Du schönste Nacht, du seligste Nacht! — — —

Die große Stadt ist versunken. Ihre hohen Türme und wuchtigen Fabrikschlote ragen — schwarze Riesensilhouetten — in den mattfarbenen Horizont.

Hinter der langen, schmalen Pappelreihe schwindet der letzte Streif von Frau Sonnes purpurnem Abendkleide. Dunkler wird es. Des Mondes feiner Goldbogen schwimmt durch unklare Wolkengebilde. In funkelnde Lichter blitzen die Sterne auf: „Die Nacht ist da!"

Regungslos das Korn. — Hell ein reifes Gerstenfeld voller Mohn, wie dunkle Blutflecke. Ganz, ganz leises Raunen in der berauschend duftenden Linde. Ab und zu ein Eulenschrei oder — einer Lokomotive schrill-kreischender Ton, der etwas Gebieterisch-Wildes hat, als wolle er an die harte, bittere Wirklichkeit gemahnen, die mit der großen Stadt versank im Zauber der Juninacht.

Die Nacht so tief und wie geheimnisschwer. Ein Huschen und Wispern überall: „Die Geister aller toten Dichter gehen um." Undeutlich strecken sich fern die Flügel einer Windmühle, wie gigantisch-drohende Gespensterarme. — —

Die schönste Nacht! Irgendwo muß ein Garten sein. Ein Garten, der voll Rosen ist, und voll totenweißer Lilien. Denn starke Duftwogen trägt die Nachtluft. O, dieser fast exotische schwülsüße Lilienduft! Duft aus Blumen, die der Volksmund Unschuldsblumen nennt. Ihr seid das nicht, ihr weißzüngigen Schwestern der Feuerlilien! Blumen, die so entnervend, sinnverwirrend duften, können nicht die Unschuld sein.

Fahles Weterleuchten am Nachthimmel. In bläulich-goldenem Flimmerbogen glüht eine Sternschnuppe auf.

Ganz still wird es, ganz traumtief-still. Zauberkönig Traum schüttelt aus seinem rosenbekränzten Füllhorn bunte Märchen in die Nacht, die Juninacht, die seligste Nacht, die Nacht der Blutrosen, der süßen, heißgelben Teerosen und der totenbleichen Lilien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0002

stehen, daß die Rechtsparteien diesem Auftrieb mit täglich steigendem Mißmut gegenüberstanden. Die Spekulanten konnten nicht mehr wie früher ungezählte Millionen mühelos in die Taschen stecken und versuchten durch einen militärischen Umschwung ihre Spekulationsfreiheit durch die Bajonette zu erkämpfen. So kam der blutige 9. Juni 1923.

Nach dem nun erfolgenden Umsturz der neuen Regierung war die erste Aufgabe des Professors Jankoff, die politischen Gegner zu vernichten. Am 14. Juni vorigen Jahres wurde der Ministerpräsident Stambolijski verhaftet und mit Bajonettstichen in die Brust fast lebendig eingegraben. Das Volk empörte sich gegen diese grausame Vergewaltigung und versuchte Stambolijski zu unterstützen, wurde aber von den Regierungstruppen in blutigster Weise niedergemetzelt. Ohne jeden Anlaß sind ferner vier Minister vom Kabinett Stambolijski außerhalb von Sofia abgeführt und erschossen worden. Die Regierungspresse schrieb darauf: „Auf einem Fluchtversuch"? — Auf die gleiche Weise sind noch 13 Reichstagsabgeordnete, 7 Bürgermeister, 20 Rechtsanwälte, 2 Aerzte, 2 Ingenieure, 1 Industriechemiker, 2 Priester, 60 Volksschullehrer usw usw. und 14 000 Einwohner von Bulgarien umgebracht worden. Und jetzt sind neue Vorbereitungen unternommen, den Bauernbund wie die Kommunistische Partei außer Gesetz zu stellen, um neues Blut zu vergießen. Terror, Mord und Unsicherheit, das ist die rauhe Wirklichkeit des heutigen Bulgariens. Soll die soziale Demokratie noch schweigen, oder ist die Zeit noch nicht gekommen? — Merkwürdige Zeiten!

Schlußtagung der sozialdemokratischen Beamten.

Berlin, 18. Juni. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der zweite Tag begann mit der Fortsetzung der Diskussion über die Referate der Genossen Müller und Wiepreckt. Nach dem Schlußwort des Genossei Wiepreckt wurden Anträge folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

Beförderung von Kriegsbeschädigten ohne Zurücksetzung wegen ihrer Kriegsverletzungen.

Sicherung der Beamtenrechte bei der Umstellung der Reichsbahn auf Grund des Sachverständigengutachtens.

Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte gegenüber den Beamtinnen, die vom Abbau betroffen werden.

Protest gegen die letzte Besoldungsregelung und die Forderung, daß das Spannungsverhältnis zwischen den unteren und oberen Gruppen auf das Verhältnis im ersten Besoldungsgesetz zurückgeführt wird.

Zuerkennung der Rechte und Pflichten der Landesbeamten auch an die Schutzpolizeibeamten.

Vorschußzahlung für die Beamten der unteren Klassen auf Grund der Besoldungsneuregelung noch im laufenden Monat.

Hierauf berichtete Genosse Wäger über die Organisationsfragen. Er führte aus, daß die Inflationsperiode sich auch in der organisatorischen Entwicklung der Beamtenbewegung außerordentlich bemerkbar gemacht hat. Nach Stabilisierung der Verhältnisse wird nun wieder „Der freie Beamte" ab 15. September erscheinen und damit den Funktionären ein wirksames Agitationsmittel in die Hand gegeben. Für eine genügende Abonnentenzahl habe die Beamtenschaft Sorge zu tragen. Monatlich soll Material über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion an die Bezirke gesandt werden. Die Tätigkeit der Beamtenzentrale könne sich nicht so auswirken, wie das im Interesse der Partei und der Beamtenschaft wünschenswert gewesen wäre. Diesem Uebelstande soll in Zukunft durch eine enge Verbindung mit Parteivorstand und den Fraktionen abgeholfen werden. Während in Sachsen sich die Organisation vorbildlich ausgewirkt hat, traf das auf den größeren Teil der anderen Bezirke nicht zu. Durch Einstellung abgebauter Beamtengenossen werde den Bezirksorganisationen Gelegenheit gegeben, Beamtenorganisation und -agitation in wirksamer Weise zu unterstützen. Besonderer Wert müsse darauf gelegt werden, daß die Beamten sich mehr als bisher innerhalb der Partei betätigen. Die Bezirksbeamtentagungen, die sich bisher gut bewährt haben, seien in Zukunft gemeinsam mit den Bezirkstagungen abzuhalten. Einem allgemeinen Wunsche der Beamtenschaft, Reichsbeamtentage anzuberaumen, soll in Zukunft Rechnung getragen werden; auch ist die Herausgabe eines Beamtenhandbuches für die Beamtenfunktionäre in Aussicht genommen. Voraussetzung für eine wirksame organisatorische Arbeit sei die enge Verbindung zwischen der Bezirksorganisation und den Beamtenausschüssen. Bei einer sachgemäßen, den örtlichen Verhältnissen angepaßten Anwendung der Richtlinien für den organisatorischen Aufbau der Beamtenausschüsse werde auch ein erfolgreiches Arbeiten möglich sein. — Eine größere Anzahl Anträge wurde dem Parteivorstand als Material überwiesen.

In der Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß eine Umformung des zurzeit bestehenden Beamtenbeirates unbedingt erforderlich sei. Ein entsprechender Antrag wurde angenommen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Tagung geschlossen.

Die Kommunisten im Auswärtigen Ausschuß.

Sie wollen die Vertraulichkeit nicht wahren.

Am Dienstag trat der Auswärtige Ausschuß des Reichstags zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wewies der Vorsitzende Hermann Müller darauf, daß die Verhandlungen des Ausschusses vertraulich seien, sofern nicht ausdrücklich die Oeffentlichkeit beschlossen würde. Müller machte diese Bemerkung auf Grund der Anweisung der kommunistischen Zentrale an ihre Abgeordneten, daß **auch dann, wenn die Vorkommnisse in den Kommissionen als vertraulich gekennzeichnet würden, die Vertraulichkeit nicht gewahrt werden soll.** Auf Grund dieser Anweisung richtete der Vorsitzende an die kommunistischen Mitglieder des Ausschusses die Frage, **ob sie bereit seien, die Vertraulichkeit zu wahren.** Der kommunistische Abg. Stoecker gab auf diese Frage keine klare Antwort, sondern protestierte gegen sie. Gleichzeitig stellte er den Antrag, für die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses die Oeffentlichkeit auszuschließen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich für die Sozialdemokratie die Genossen Bernstein und Stampfer beteiligten, beschloß der Ausschuß gemäß einem Antrag des Abg. Grafen Westarp, daß die Erklärung der kommunistischen Mitglieder über die Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht als ausreichend betrachtet werden könne. Der Reichstag solle deshalb eine Aenderung des § 28 der Geschäftsordnung in Erwägung ziehen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte Staatssekretär Vogt von Reichsverkehrsministerium Mitteilungen über die bisherigen Verhandlungen des Organisationskomitees für die Neugestaltung der Reichsbahnen. Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab am Schließend der Hoffnung Ausdruck, daß die im Zusammenhang mit dem Organisationskomitee stehenden Arbeiten noch im Laufe dieser Woche beendet werden. Die Reichsbank bleibe erhalten und werde entsprechend ihren neuen Aufgaben organisiert werden. Nach Schacht äußerte sich Dr. Stresemann über die Auffassung der Reichsregierung zum Sachverständigengutachten. Ihm folgte der Reichsfinanzminister Dr. Luther, der Mitteilungen über den Stand der Vorarbeiten für die mit der Reparationskommission aufzunehmenden Verhandlungen machte, soweit die Verbrauchsabgaben und Zölle dabei in Betracht kommen. Nach Beendigung der Debatte nahm der Reichsaußenminister nochmals das Wort. Schließlich wurde der deutsch-russische Zwischenfall von den Kommunisten zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Dr. Stresemann verwies darauf, daß die Verhandlungen über die Beilegung des Zwischenfalls zurzeit schweben. Im allgemeinen kann man sagen, daß die **Regierung bereits am Dienstag infolge der kommunistischen Ankündigung, die Vertraulichkeit nicht zu wahren, auf Mitteilungen, die für die Oeffentlichkeit nicht bestimmt sind, verzichtete.**

Die SPD.-Presse zum Berliner Parteitag.

Ueber den Verlauf und die Beschlüsse des Berliner Parteitags lesen wir in der sozialdemokratischen Presse u. a. das Folgende:

„Dresdener Volkszeitung":

„Der Beschluß (in der Sachsenfrage) ist im ganzen ein Kompromiß und als solcher nicht ohne Wenn und Aber. Beide streitende Teile sind einander entgegengekommen und die Lösung besteht im Grunde genommen darin, daß die Fraktion wieder einheitlich arbeitet und daß ein Landesparteitag über das, was weiter geschehen soll, zu befinden hat. Wir haben die Verständigung in Sachsen schon nach dem letzten Parteitag mit Leidenschaftlichkeit verfochten, weil es uns von vornherein unwahrscheinlich erschien, daß der Parteitag über die Köpfe der sächsischen Parteigenossen hinweg eine glatte gültige Lösung durchsetzen könne. Alles in allem bedeuten die Beschlüsse der Neunerkommission zunächst nur eine Grundlage für das Verständigungswerk, das es nunmehr praktisch durchzuführen gilt. Landes- und Bezirksinstanzen werden sich mit den strittigen Fragen zu beschäftigen haben und werden die Mitgliedschaften zu einer Landestagung, bei der weder Rechthaberei noch Prinzipienreiterei, sondern nur der gute Wille zur sachlichen Bewältigung der vorhandenen Probleme eine Rolle spielen darf."

„Chemnitzer Volksstimme":

„Im Hintergrunde des Parteitages steht die geschichtliche Situation und übte in der Austragung der Gegensätze ihren starken bindenden Einfluß aus. Die Reparationspolitik unserer Partei nähert sich erfolgreich einem bestimmten Endpunkte und dahinter erhebt sich schwarz und dräuend die Frage, wer die Lasten tragen soll. Der Wille des Parteitages, von allen Seiten des Hauses scharf unterstrichen, ließ dem Gegner keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln kämpfen wird, um neue Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Lasten zu verhindern. Das ist die gemeinsame Linie, die uns alle bindet und in die wir von der Geschichte hineingezwungen worden sind. Die Linie jetzt bewußt durchzuführen, dem ganzen Volk die großen Interessengegensätze dauernd aufzuzeigen und mit rücksichtsloser Aktivität die großen Massen des Volkes hinter unserer Politik zu sammeln, das ist die nächste Aufgabe der Partei, das ist die Richtung, die der Parteitag gewiesen hat."

Braunschweiger „Volksfreund":

„Jeder Teilnehmer wird trotz der Meinungskämpfe die Ueberzeugung gewonnen haben, daß die deutschen Sozialisten auf Gedeih und Verderb wieder miteinander verbunden sind und sein werden. Niemand denkt mehr daran, nochmals das Unglück neuer Spaltung heraufzuschwören. Die Gegensätze sind im allgemeinen sachlich ausgetragen worden. **Die gewaltigen Gefahren für das Proletariat zwangen selbst Fanatiker zu weiser Mäßigung.** Wir haben nicht überschwengliche Hoffnungen, es wird nicht im Sturmschritt vorwärts gehen mit unserer großen Sache, aber wir werden ruhig und sicher wieder den Aufstieg erleben zu neuen Siegesmöglichkeiten. Das ist der Eindruck von der Berliner Heerschau der deutschen Sozialdemokratie."

„Düsseldorfer Volkszeitung":

„Hat der Parteitag die Hoffnungen erfüllt, die auf ihn gesetzt wurden? Hat er die Befürchtungen gerechtfertigt, die geheegt wurden? Beide Fragen müssen mit Nein beantwortet werden.

Hoffnungen wurden auf den Parteitag gesetzt von weiten Schichten des sozialistisch eingestellten Proletariats, die vom Parteitag eine radikale Umstellung der politischen Taktik erwarteten. Hoffnungen, die sich dokumentierten in den vielfachen Anträgen gegen die bisher betriebene Koalitionspolitik und auf engeres Hand-in-Hand-Arbeiten der führenden Körperschaften mit den Mitgliedschaften draußen im Lande. Befürchtungen hegten aufrichtige und eifrige Vertreter der sozialistischen Einigung in der Richtung, daß die Gegensätze auf diesem Parteitag so stark werden würden, daß die unerläßlich notwendige Zusammenfassung der sozialistischen Hand- und Kopfarbeiter nicht nur keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt erleiden würde. Beides hat sich nicht erfüllt."

„Breslauer Volkswacht":

„Einen festen und erfreulichen Eindruck hinterließen die Erklärungen des Parteitages zur Frage der deutschen Republik. Was außer den schon genannten Referenten dazu die Genossen Scheidemann, Sollmann, Breitscheid und andere ausführten, war drohend und klar: diese Republik ist nicht das Endziel unserer Wünsche, sie entwehrt noch den Inhalt, den wir von ihr fordern, aber jede andere Staatsform bedeutet den Rückschritt zu Rechtlosigkeit. Gegen ihn erhebt sich, wenn der Versuch dazu gemacht wird, das Millionenheer der sozialistischen Republikaner mit anderen Freunden der Freiheit, das Millionenheer, das in Regimenter und Bataillonen gegliedert, bald in jedem Dorf und jedem Weiler, wo freigesinnte deutsche Söhne wohnen, einen Zug, eine halbe Kompagnie Verteidiger aufstellen wird. Laut rief der Parteitag durch die Gaue: Hände weg von der deutschen Republik!"

„Hamburger Echo":

„Mit der Frage der Koalitionspolitik war die innenpolitische Arbeit des Parteitages in der Hauptsache erschöpft. Wesentlich dürfte vielleicht nur noch gewesen sein, daß für solche Genossen, die auf den Flirt mit den Kommunisten aus eigener Kraft nicht verzichten können, das Verbot einer Beteiligung an der Internationalen Arbeiterhilfe, einer ausgesprochenen kommunistischen Kampforganisation, zum Beschluß erhoben wurde. Die Zeiten des Hin- und Herschwankens sind vorüber. Jeder deutsche Sozialist muß sich entscheiden für Demokratie oder Diktatur.... Denn Bekenntnis zur Demokratie heißt: Bereitwilligkeitserklärung zu Kompromissen, die durch taktische Notwendigkeiten sich aufdrängen. Ablehnung jedes Kompromisses heißt Ablehnung der Demokratie und führt zwangsläufig zum Bekenntnis der Diktatur. Mehr Klarheit über diese Tatsache wird auch unsere Opposition aus dem Gefühlsmäßigen ins Reale und damit zu positiver Arbeit zurückführen."

Hinein in den Völkerbund!

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund rückt mehr und mehr in den Vordergrund aller politischen Debatten. Mit der Uebernahme der französischen Regierungsgeschäfte durch Herriot ist die deutsche Mitgliedschaft im Bund der Völker noch akuter geworden. Sowohl Herriot wie Mac Donald sind bereit, ein Eintrittsgesuch der deutschen Regierung zu befürworten. Mehr als das können sie nicht tun — aber damit ist bereits genug getan, denn ihr Wunsch ist im gegebenen Falle Befehl. Erst am Montag hat Mac Donald im Unterhaus erklärt, daß er einer Zulassung Deutschlands zum Völkerbund zum früheisten Termin günstig gegenüberstehe und ein entsprechendes Gesuch begrüßen werde. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist also jetzt zu einem formellen Akt der deutschen Regierung geworden, und wir sind der Auffassung, daß sie diesen Akt als neuen Beweis der deutschen Friedfertigkeit bald ausführen sollte. Deutschland muß endlich mithelfen, den Völkerbund zu einem wahren Bund der Völker zu machen. Aber diese Möglichkeit besteht nur, wenn wir uns von dem bestehenden Bund nicht selbst ausschließen, sondern die Gelegenheit, die uns zu einem Eintritt geboten wird, ausnutzen, ehe es wieder einmal zu spät geworden ist.

Die Fraktion der Arbeiterpartei hat sich am Dienstag u. a. auch mit dem Verbrechen der italienischen Faschisten an dem Genossen Matteotti befaßt. Den italienischen Sozialisten wurde die wärmste Sympathie und jede Unterstützung in ihrem schweren Kampfe gegen die gewalttätige Politik der Faschisten und gegen die Vergewaltigung der Freiheit des italienischen Volkes ausgesprochen.

Wirtschaftspolitik.

Zuspitzung der Valutafrage in Dänemark

(Wirtschaftsbrief aus Kopenhagen.)

Die Ablehnung der Valuta- und Wirtschaftspläne des Kabinetts Stauning durch die reaktionäre Landsthing-Mehrheit hat eine unhaltbare Gefahrsituation geschaffen, so daß der Vorstand der Valutazentrale Regierung und Parlament auffordern mußte, umfangreiche Valuta- und staatsfinanzielle Maßnahmen noch vor den parlamentarischen Sommerferien zu schaffen. Begründet wurde die Forderung mit dem Hinweis, daß andernfalls der gegenwärtige Kurs der dänischen Krone nicht zu halten wäre. Bisher ist der Kurs durch scharfe Rationierung der fremden Valuten und Zubußen der Nationalbank gestützt worden. Die Valutazentrale weist aber darauf hin, daß diese Mittel zu versagen beginnen gegenüber einer einsetzenden direkten und indirekten Kapitalflucht durch Bezahlung von Valutarechnungen vor Verfall, Stehenlassen von Geldern im Ausland auf Mark-, Sterling- und Dollarkontis.

Die Valutazentrale entwirft selbst einen Plan, einen neuen Kronenfall zu verhindern und weist in diesem Zusammenhange besonders auf die tief zerrütteten Verhältnisse der Staatsfinanzen hin. Statt der letztjährigen Unterbilanz müsse das dänische Budget in den nächsten Jahren allein jährlich 30 Millionen Ueberschuß zur Auszahlung verfallender Anleihen erzielen. Um aber dem Erwerbsleben die zur Deckung der außerordentlichen Steuerlasten ohne Geschäftsstockung nötigen Kredite zuzuführen, schlägt die Valutazentrale die Aufnahme einer neuen Auslandsanleihe von 40 Millionen Dollars vor, von denen 10 Millionen dem nordschleswigischen Markt zufließen sollen und 30 Millionen in die rekonstruierte Landmannsbank geleitet werden müssen! Gerade die letztere Enthüllung beleuchtet blitzartig die finanzielle Situation, die fast an 1906/07 erinnert, wo die finanziellen Verhältnisse mit Riesenschritten dem Zusammenbruch von 1908 entgegengingen.

Die dänische Sozialdemokratie hat ebenso wie die Bankleute der Valutazentrale die drohende Gefahr erkannt. Mit den Abhilfsmitteln, die diese vorschlagen (neue, indirekte Steuern, direkte Steuererhöhungen auf niedrige Einkommen, neue Gelder für die Landmannsbank, bei der die Nationalbank schon 180 Millionen angelegt hat), kann sie sich nicht einverstanden erklären. Doch wird die bittere Notwendigkeit hier eine Brücke finden. Im Augenblick herrschaft Stauning mit der Valutazentrale. Wahrscheinlich wird dem störrischen Landsthing noch ein neuer Valutaplan vorgelegt. Von ihm hängt ab, ob er in die Sommerfriste gehen oder arbeiten will. Das dänische Wirtschaftsgebäude knistert in den Fugen; packt man nicht zu, dann ist das Schlimmste zu befürchten.

Die Mark in Neuyork.

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse 23⅞ Geld, 24 Brief. Dollarparität unverändert 4,18 Billionen.

Aus aller Welt.

Die Todesgrube.

Durch einen merkwürdigen Zufall, der sich in einer römischen Straße ereignete, sind **sechs Personen ums Leben gekommen** und zwei ringen mit dem Tode. Arbeiter hatten in der Mitte einer Straße eine tiefe Grube ausgehoben und sie dann mit Brettern überdeckt. Als sie fortgegangen waren, fiel ein Kind in die Grube, und ein Vorübergehender, der das gesehen hatte, stieg sofort hinunter, um das Kind zu retten. Als er nicht wieder herauskam, wurde die Menge, die sich unterdessen angesammelt hatte, unruhig. Man rief hinunter, ohne Antwort zu bekommen. Nun stieg ein zweiter Freiwilliger hinunter, ohne herauszukommen. Aus der schwarzen Tiefe antwortete weiter auf Rufe kein Laut. Ein anderer folgte, noch ein Anderer und so fort, bis schließlich sieben Männer hinabgestiegen waren. Nun bekam man es mit der Angst zu tun; die Feuerwehr wurde telephonisch zu Hilfe gerufen, und als sie die Grube untersuchte, fand sie sie mit giftigen Gasen angefüllt. Mit Gasmasken bewaffnet, stiegen die Feuerwehrleute hinunter und brachten die Opfer aus der Todesgrube heraus. Das zuerst hineingestürzte Kind und fünf der Männer waren tot, zwei andere wurden noch lebend ins Krankenhaus eingeliefert.

Furchtbares Straßenbahnunglück.

15 Tote, 30 Schwerverletzte.

Jerlohn, 18. Juni. (EZB.)

Durch Versagen der Bremse rannte gestern ein Wagen der Straßenbahn gegen die Schlieperfche Kettenfabrik. Der Wagen wurde völlig zertrümmert. Bisher wurden 15 Tote und 30 Schwerverletzte festgestellt.

Wieder flottgemacht. Aus Bremen wird gemeldet: Der auf Grund gelaufene deutsche Dampfer „Saarbrücken" ist wieder flott geworden und in den Hafen von Sabang eingefahren.

Gestrandeter Dampfer. Aus Amsterdam wird gemeldet: Nach einer Agenturmeldung aus Veltedreden ist der Passagierdampfer „Saarbrücken" (12 000 Bruttoregistertonnen) in der Nähe von Sabang auf ein Riff gelaufen. Wenn das Wetter gut bleibt, ist ein Abschleppen möglich.

Von der Hochzeit in den Tod. Ein entsetzliches Unglück spielte sich in Hromow in Böhmen ab. Dort unternahm der Weber Gulk mit seiner ihm wenige Stunden vorher angetrauten jungen Frau einen Ausflug. An einem Steinbruch machten die beiden Halt. Da rief ihnen ein Schußmeister im Steinbruch zu, daß gleich ein Sprengschuß losgehen werde. Ehe sich die Leute noch erheben konnten, erfolgte eine Detonation, ein Steinstück flog der Frau an den Hinterkopf und führte den sofortigen Tod herbei.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der VSPD., Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der VSPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der VSPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Milimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben. ::

Halle

Preßkommission. Donnerstag nachmittag 5 Uhr: Sitzung im Verlags-Kontor.

Ortskartell Halle des DBB. Freitag den 20. Juni, abends 8 Uhr, im „Neumarktschützenhaus": Beamtenversammlung. Bundesdirektor Remmers vom Deutschen Beamtenbund spricht über „Die Notlage der Beamten und die Tätigkeit des DBB. 8006

Jungsozialisten. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Heim: Fortführung der Arbeitsgemeinschaft.

Verein Dr. med. Schüßler Biochemie. Freitag, den 20. Juni, abends 7¾ Uhr, im Stadtgymnasium: Lehrgang über Biochemie. Mitglieder frei.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. SAJ. Sonnabend und Sonntag zur Sonnenwendfeier nach Naumburg. — Anmelden Dienstag abend im Heim. — Dienstag, den 24. Juni: Teilnahme an der Rathenau-Gedächtnisfeier von „Schwarz-Rot-Gold".

Greppin. Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Faßauer: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreiskonferenz. 2. Gemeindevertreterbericht. 3. Stellungnahme zu „Schwarz-Rot-Gold". 4. Verschiedenes.

Zöitzsch. Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Glocke": Oeffentliche Versammlung. Die auf dem Boden der Republik stehen. Die Staats- und Kommunalbeamten sind hiermit besonders eingeladen.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Sangerhausen. Sonnabend, den 21. Juni abends 6 Uhr: Abendausflug nach Blankenheim. Treffpunkt: Hüttenplatz. Kleidung: Wanderkleidung ohne Hut, Wanderstock. Jeder Kamerad hat zu erscheinen. Radfahrer mit Rad zur Stelle. Helbra, Helfta und Eisleben sind hiermit nochmals eingeladen.

Ortsgruppe Eisleben. Donnerstag, den 19. Juni, abds. 8 Uhr, im kleinen Saal der „Terrasse": Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Kapelle des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gruppe Sangerhausen

unter Leitung des Kapellmeisters **Kurt Hoffmann**, Sangerhausen, Alte Promenade 46, empfiehlt sich den Vereinen und Gesellschaften für alle musikalischen Veranstaltungen.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Koch's Künstler-Spiele

Bunte Bühne. Jägergasse 1. Tel. 1066

Jeden Abend 8¼ Uhr

Das glanzvolle Programm!

mit Attraktionen erster Großstadt-Bühnen

12 mitwirkende Künstler

Kleine Preise! Vorzugskarten gültig u. ermäßigt!

Wegen Zwangs-Räumung und Platzmangel noch besonders billig

Kinderwagen Klappwagen Stubenwagen Kinderbetten Kinderstühle Schutzgitter

Zahlungserleicht.

Bruno Paris jetzt Brüderstr. 3 1 Min. vom Markt.

Volkspark

Burgstraße 27.

Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Frische 8010

Seefische

echte Makrelen Pfund 45 ₰

Schellfische m. K., Pfd. 25 ₰

Kabliau o. K. Pfund 25 ₰

Feinste Matjes Stück 20 u. 25 ₰

Karl Pfeiffer

Neumarkt-Fischhalle Geiststr. 33. Tel. 6658.

Standuhren

üb. 50 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie Uhrmachermeister

H. Schindler, Kleine Ulrichstr. 35. Zahlungserleichterg.

Neu! Neu!

Max Beer

Allgemeine Geschichte des Sozialismus

Jedes Bändchen des komplett vorliegenden Werkes ist in vielen tausend Exemplaren verbreitet. Beers wirklich hervorragende Arbeit, die die sozialen Kämpfe vom Altertum bis in die neueste Zeit schildert, kann mit den besten Werken populärer Geschichtsschreibung in eine Reihe gestellt werden. Diese in schönen roten Pappband gebundene Ausgabe kostet 8 Mark.

Volksblatt-Buchhandlung

Halle (S.), nur Gr. Ulrichstr. 27

Stadt-Theater.

Donnerstag, abds. 7½ Uhr: **Kolportage.**

Freitag: **Cavalleria rusticana** Hierauf: **Bajazzo**

Kramers Konzerthaus

Delitzscher Straße 2 Am Riebeckplatz.

Täglich abds. 7 Uhr: 7675

Die lustigen Tegernseer.

Oberbayr. Stimmungskapelle u. Schuhplattlergesellschaft. Eintritt frei!

Lebensmittel

in besten Qualitäten, reich. Auswahl u. preiswert bei 7738

Ed. Sorg

Kolonialwaren Hermannstraße 7.

Fahrräder und **Ersatzteile** 7715

Otto Hänisch. Turmstraße 156. Telephon 2719.

Billige Möbel auf Teilzahlung

Speisezimmer Schlafzimmer Küchen Kleiderschränke Vertikos Kommoden Bettstellen Plüschsofas Ruhebetten

sowie alle Arten Einzelmöbel zu ganz billig. Preis.

N. Fuchs

Möbelhaus **Halle a. d. S.** Gr. Ulrichstr. 58 1., 2., 3. Etage.

Kredit auch nach auswärts. – Anfragen Rückporto erbeten. 7831

Schwer am ganzen Leibe mit

Flechten

behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M." Dazu Zuckooh-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Halt!

Kleine Anzeigen

wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg

---

12000 Meter

Perkal

Bestes süddeutsches Fabrikat :: :: :: Eigene Ausrüstung und Druck Reiche Auswahl modernster Streifen

für Blusen und feine Herren-Maßhemden 80 cm breit . . . . Meter 120 98

85 Pfg.

Muster nach auswärts

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße und Rannischer Platz 8012

A K V H

Ein Waggon

Konserven-Gläser

eingetroffen! Ia Qualität!

½ Ltr.	¾ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
55 ₰	60 ₰	65 ₰	70 ₰	75 ₰

komplett mit Ia rotem Gummiring und Bügel

Zucker Pfund **38** Pfg.

In allen 36 Verteilungsstellen erhältlich!

Allg. Konsumverein

Halle und Umgegend.

Walhalla-Operetten-Theater

Täglich, abends 8 Uhr

Das Tagesgespräch von Halle!

Die Operetten-Sensation!!

Orkanartige Heiterkeits- und Beifallsstürme!

Das Radio-Mädel

Operette in 3 Akten von H. Zerlett. Musik von P. Weiner.

Glänzende neue Bühnen-Ausstattung!

Tageskasse 11 bis 1 Uhr und ab ½7 Uhr abends. 8020

Geschäfts-Eröffnung.

Hiermit geben wir bekannt, daß wir als Mitinhaber aus der Firma **Max Schultze**, Moritzwinger 3, ausgeschieden sind und am **Donnerstag, dem 19. Juni** ☛ **Gutjahrstrasse 2** ☚ gegenüber der Handwerkerschule, ein

Lebensmittel-Haus

eröffnen.

Wir sichern allen denen, die uns beehren, aufmerksamste Bedienung zu, bei allerbilligster Preisberechnung.

Hochachtungsvoll

Hermann Luther u. Frau

Gertrud geb. Prüfer. 8018

ZOO ZOO

Donnerstag, den 19. Juni, nachm. 4—½7 und abends 8—½11 Uhr: 8016

KONZERTE

d. Wittekind-Orchesters.

Leitung: **Benno Plätz.**

Die Zierde des Schlafzimmers

sind gute und schön aufgemachte **Bettstellen.** Sie finden solche bei mir von den einfachsten bis zu den vollendetsten Formen aus Metall und Holz, dazu passende, erstklassige **Matratzen** in den gebräuchlichsten Ausführungen bis zur feinsten **Roßhaarmatratze,** Steppdecken in allen Füllungen, **Daunendecken** in Satin oder Seide, **Feder- und Reformbetten, Kinder-Bettstellen** aus Eisen und Holz.

Wegen Platzmangel infolge Zwangsräumung noch besonders billig.

Größte Auswahl. Zahlungserleichterungen

Führendes Betten-Spezialhaus 8021

Bruno Paris, jetzt Brüderstr. 3 1 Minute vom Markt

Unsere mit modernem Material gut ausgestattete Buchdruckerei halten wir zur Herstellung von

Drucksachen

jeder Art bestens empfohlen. Wir sichern sachgemäße und schnellste Erledigung der uns überwiesenen Aufträge zu und stehen mit Kostenanschlägen usw. gern zur Verfügung.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.

Harz 42/44. Fernspr. 6605.

Lichtbad „Sanitas"

Gr. Steinstr. 16 Telephon 6122 7716

☛ den ganzen Tag geöffnet ☚

Bäder für sämtl. Krankenkassen

Sonder-Angebot!

Allerfeinste englische **Fett-Bücklinge** ℔ nur **40** u. **35** ₰

täglich frisch aus dem Rauch

5-Pfund-Kiste nur 1,50 Mk.

Alle Sorten Marinaden sowie Fischwaren zu billigsten Preisen. 8011

Karl Ihde, Kieler Fisch-Börse

An der Moritzkirche 3 Telephon 3617

Erste u. einzige hallische Fischräucherei und Marinieranstalt im direkten Verkehr mit der Privatkundschaft

---

100000 Menschen sind tot- sicher selbst schuld, das ein unscheinbarer harmloser Husten oder Katarrh zur

Schwindsucht 8008

ausartet, ist es einmal soweit, so ist in den wenigstens Fällen auf Heilung zu hoffen. Zögern Sie nicht, bestellen Sie noch heute unser gesetzl. geschütztes (11624) Lungolin zum Preise von 1,50 Mk. per Nachnahme. Lungolin wird hergestellt nach einem uralten Rezept eines italienischen Klosters unter ständiger Leitung eines approbierten Apothekers. — Reisende, Vertreter und Wiederverkäufer an allen Plätzen gesucht. Allein-Versand in Deutschland

Klingner & Hofmann, Elsterwerda (P. S.)

Zeitungs-Fremdwörter

Unentbehrlich für jeden Zeitungsleser

Zusammengestellt von **Karl Werner**

Zu beziehen durch die

Volksblatt-Buchhandlung

Halle, Gr. Ulrichstrasse 27

Wollen Sie nicht mehr rauchen?

Wieder gesund, blühend und nervenstark werden? Wie auch der leidenschaftlichste Raucher, durch ein einfaches natürliches Mittel, in 24 Std., zum Nichtraucher wird, teile ich Ihnen auf Wunsch gerne **kostenlos** mit. Wenn Sie wollen, können Sie Rückporto beilegen.

Adressieren Sie: Postfach 187, Frankfurt a. M.

7976

✚ Frauen ✚

Es gibt beim Ausbleiben der **monatlichen Regel,** ein unschädlich sicher wirkendes Mittel, um Sie von dieser Sorge zu befreien. Schreiben Sie mir, einer erfahrenen Frau, denn nur meine seit viel. Jahren bewährten, genehmigten und von ärztlichen Autoritäten geprüften Original-Mittel helfen

☛ **Totsicher** ☚

auch in bedenklichen, bereits hoffnungslosen Fällen. 1000de Dankschreiben bezeugen den Erfolg

in 1 bis 2 Stunden.

Keine Berufsstörung. Garantiert unschädlich, sonst 3 faches Geld zurück. Direkter Versand per Nachnahme.

Frau A. Liermann

Hamburg 6/C 2862

Schanzenstr. 68 7711

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Im Stadthause, Schmeerstraße 1 III, Zimmer 36, liegt eine Bekanntmachung, betr. Ausschreibung eines Antrages der Firma Döring & Lehrmann, Aktiengesellschaft, auf Genehmigung der Aufstellung eines Lufthammers auf dem Grundstück Canenaer Weg Nr. 2a, zur Einsicht aus.

Halle, den 16. Juni 1924. 8014

Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle.

Im Stadthause, Schmeerstraße 1 III, Zimmer 36, liegt eine Bekanntmachung, betr. Ausschreibung eines Antrages der Firma Landelektrizität, G. m. b. H., auf Genehmigung der Verlegung ihres vor einigen Jahren genehmigten Kraftfederhammers innerhalb des Grundstücks Delitzscher Straße Nr. 23, zur Einsicht aus. 8015

Halle, den 16. Juni 1924.

Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle.

Eisleben

Die Ausgabe der Karten zur **Milchverbilligung** erfolgt am Donnerstag, den 19. Juni, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im Wohlfahrtsamt, Herrenstr. 10, Zim. 12.

Eisleben, den 12. Juni 1924. 1388

Der Magistrat. (Wohlfahrtsamt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Juni 1924.

Sozialistische Bildungsarbeit

in der Ferienzeit.

Böse Zungen und dumme Kerle reden davon, daß die Sozialdemokratie eine Partei des krassesten Materialismus sei, in der für höhere, geistige Dinge kein Raum sei. Ehrliche Gegner hingegen (es gibt ja auch solche), haben von jeher die auf Bildung zielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie anerkannt. Ein kurzer Rückblick auf die Tätigkeit der Partei wird lehren, daß trotz der geringen Mittel Großes geschaffen wurde. Krieg und Nachkriegszeit wirkten natürlich verheerend für alle Bildungsarbeit. Und doch regte sich's nach Kriegsende besonders in der sozialistischen Jugend, die als erste ihre Tätigkeit wieder aufnahm und von Erfolg zu Erfolg schritt. Schwieriger lagen die Dinge für den Parteivorstand, dessen ernsteste Sorge und vornehmste Pflicht es war, die Organisation durch die Fährnisse der sich jagenden politischen Situationen zu führen. Trotz dieser schwierigen und aufreibenden Tätigkeit fand sich noch Raum für die Bildungsarbeit, die in diesem Sommer in einem Umfang geplant ist, daß sich die Frage erhebt, ob die Durchführung der Pläne auch möglich sein wird.

Zum erstenmal unternimmt der „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit" den Versuch, größere Ferienveranstaltungen durchzuführen. Diese Veranstaltungen sollen nicht nur einseitig der Erholung gewidmet sein, sondern Erholung mit Erweiterung und Vertiefung des Wissens verbinden. In Gemeinschaftsarbeit, unter Leitung bekannter Parteigenossen, sollen die Kurse, die durchweg sechs Tage dauern, wertvolle Anregungen durch Vortrag und Aussprache geben. Wie der Reichsausschuß in seinem Sommer-Programm einleitend schreibt, ist an gewöhnliche Wanderfahrten mit Kilometerfresserei nicht gedacht. Die Kostenfrage, die ja heute im Zeichen der Rentenmark die Hauptfrage ist, wurde unter Beachtung größter Sparsamkeit gelöst. Es wird trotzdem manchen Genossen, manche Genossin geben, deren karge Einkünfte auch diesen geldlichen Anforderungen nicht gewachsen sein werden. Wir wollen hoffen, daß bei weiterem Ausbau der Veranstaltungen, die sich auch auf das Ausland erstrecken, die Finanzfrage durch Gastfreundschaft der Sozialisten, die heute ja überall zu finden sind, an Wichtigkeit verliert.

Was ist nun geplant? Die Kurse finden in schönen Gebirgsstädtchen statt, die durch ihre Lage oder kulturhistorische Bedeutung lockende Reiseziele sind und anschließend an den Kursus gute Möglichkeiten zu Wanderfahrten bieten.

In Wernigerode (Harz) ist unter der Leitung von Nikolaus Henningsen (Hamburg) vom 3. bis 9. Juli ein Kursus über „Erziehung und Sozialismus" geplant, der alle Erziehungsbestrebungen unserer Zeit, die nicht nur mehr Theorie, sondern teils auch schon Praxis sind, umfassen wird. Die Anmeldungen müssen bis spätestens den 22. Juni geschehen sein. Die volle Pension stellt sich pro Tag auf 4 Mk. — In Gera (Reuß), in der Heimvolkshochschule Tinz, wird vom 20. bis 26. Juli Joseph Luitvold Stern (Prag) einen Kursus über „Die Arbeiterbücherei, ihr Zweck, Wesen und Aufbau" leiten. Die Kosten dieser Veranstaltung belaufen sich auf 20 Mk., bei Unterbringung im Gasthof natürlich auf mehr. — Engelbert Graf (Stuttgart) wird in Hildesheim vom 27. Juli bis 1. August das „Arbeiterbildungsproblem" erläutern. Die Kosten betragen für Privatquartier 1 Mk. pro Nacht. — In Pirna (Sächsische Schweiz) beabsichtigt Genossin Rennie Smith (Sheffield) einen Kursus über die „Englische Arbeiterbewegung und ihre Geschichte" zu leiten, der vom 8. bis 14. August stattfindet. Auch hier belaufen sich die Quartierkosten auf 1 Mk. pro Nacht. — Genosse Woldt (Berlin) leitet eine Arbeitsgemeinschaft in Marburg a. d. L., die sich vom 11. bis 16. August mit der „Lebenswelt des Industriearbeiters" beschäftigen wird. Quartierkosten 1,50 Mk., Essen 60 Pf. — In Bamberg wird vom 1. bis 6. September unter Leitung von Prof. Kistenberger (Berlin) die Frage „Kunst und Sozialismus" behandelt werden. Für diesen Kursus sind neben der Teilnehmergebühr von 10 Mk., die übrigens für jeden Kursus zu entrichten sind, noch 5 Mk. für die künstlerischen Abendveranstaltungen zu zahlen. Die Privatquartiere werden bis 1 Mk. kosten.

Außer den Kursen sind noch Studienreisen ins Inund Ausland geplant. Vom 20. bis 26. Juli findet die erste nach Hamburg (Helgoland) und Kiel statt. Fahrgelder und Nachtquartier werden etwa 30 Mk. betragen. — Vom 11. bis 17. August geht eine Fahrt ins Riesengebirge und Waldenburger Industrierevier, die nur für rüstige Fußgänger mit Wanderlust in Betracht kommt. Kosten für Uebernachten, Fahrgelder und Verpflegung rund 50 Mk. — Eine Fahrt nach Berlin und Umgebung wird vom 24. bis 30. August veranstaltet. Die Quartierkosten betragen pro Nacht 1,50 bis 2 Mk. — Für gute Fußgänger (Wanderer) ist vom 1. bis 7. September eine Fahrt nach Frankfurt a. M., Odenwald, Heidelberg geplant, deren Kosten insgesamt etwa 50 Mk. betragen werden.

Außer den innerdeutschen Studienreisen werden drei Fahrten ins Ausland veranstaltet, die neun Tage dauern werden. Die erste geht vom 10. bis 18. August nach Dänemark (Kosten 120 Goldmark), die zweite nach der Tschechoslowakei vom 22. bis 31. August (Kosten 125 Mk.), die dritte nach England vom 9. bis 17. August. (Kosten etwa 300 Goldmark; Anmeldung sofort.) Bedingung zur Teilnahme an den Kursen, Studienfahrten und Auslandsreisen ist, daß nur Parteimitglieder sich melden, die ernsten Willens sind und aktiv an der Gestaltung des Kursus mitarbeiten oder auch den Strapazen der Reise gewachsen sind. Die Bewerbung zur Teilnahme ist bis spätestens den 30. Juni an den „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten. In ihr muß enthalten sein, welcher Kursus oder welche Fahrt oder Reise gewünscht wird. Name und genaue Adresse des Bewerbers, Beruf, Alter, welche Funktion in der Arbeiterbewegung bekleidet wird. Es empfiehlt sich, die Anmeldung so schnell als möglich zu vollziehen, da nur der Reihenfolge des Empfangs nach die Bewerbungen berücksichtigt werden. Jeder Bewerber erhält erst Mitteilung und Information über den Kursus, die Fahrt oder Reise.

Wir hoffen, daß die Bestrebungen des Reichsausschusses von vollem Erfolg gekrönt sein werden, damit der begonnene Weg im nächsten Jahre rüstig weiter beschritten werden kann.

Die Berichterstattung vom Parteitag

erfolgt in der morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr im „Volkspark" stattfindenden Versammlung des Ortsvereins Halle der SPD.

Alle Genossinnen und Genossen müssen zur Stelle sein!

Freie Bahn dem Milchwucher!

Nach der Aufhebung der Reichs-Milchverordnung.

Die neue Verordnung des Reichsernährungsministers mit der beinahe vollständigen Aufhebung der bisher geltenden Reichsmilchverordnung ist ein schwerer Schlag für die Industriegemeinden und ihre Bevölkerung. Bereits vor dem Kriege unter ganz anders gearteten und viel günstiger liegenden Verhältnissen hatte sich allgemein die Ueberzeugung durchgesetzt, daß ein Eingriff der Kommunen in die Milchversorgung der Ställe unbedingt notwendig sei. Dazu zwangen sowohl wirtschaftliche wie auch hygienische Erwägungen. Das Interesse der Kommunen für die Milchversorgung ihrer Einwohner stammt keineswegs erst aus der Kriegszeit und der mit ihr zusammenhängenden Zwangswirtschaft. Wenn auch die zwangsweise Bewirtschaftung und Erfassung des Produkts beim Erzeuger selbst in einer allgemein freien Wirtschaft auf die Dauer eine Unmöglichkeit ist und auch von niemand verlangt wurde, so müssen die Gemeinden doch auf die Verteilung der Milch in ihrem Gebiet und auf die Regelung des Ablaufes an die Konsumenten unbedingt einen Einfluß behalten.

In großen Städten würde die kontrollose Ueberlassung der Milchverteilung an den Milchhandel, der schlecht organisiert, von rein zufälligen privategoistischen Gesichtspunkten aus die Verteilung unwirtschaftlich und unsozial vornehmen würde, dazu führen, daß namentlich in Großstädten die Verteilung der Milch in den einzelnen Stadtteilen sowohl nach der Quantität wie nach der Qualität ganz verschieden erfolgen würde. Darunter würden die minderbemittelten Schichten und in allererster Linie der Nachwuchs der Arbeiterschaft schwer zu leiden haben.

Die Milchproduktion beträgt heute höchstens die Hälfte der Vorkriegszeit. Es ist nach Ansicht maßgebender Fachleute der landwirtschaftlichen Organisationen ausgeschlossen, daß die Produktion der Menge nach auf die Höhe der Vorkriegszeit gesteigert werden könnte. Die Qualität der Milch ist um ein Vielfaches schlechter geworden. In Großstädten ist eine meiereimäßige Behandlung von mindestens 75 Prozent der eingehenden Milch unentbehrlich. Alle diese Fragen aber können nicht gelöst werden, wenn nach dem Wortlaut der neuen Verordnung des Reichsernährungsministers die Gemeinden ausgeschaltet werden.

Die Rechtsauskunftstelle des Gewerkschaftskartells Halle

ist bekanntlich wieder eröffnet. Wir stellen fest, daß es höchste Zeit zu dieser Maßnahme war, denn in einer ganzen Anzahl überaus dringlicher Fälle konnten die Rechtsuchenden vor Schaden bewahrt werden. Das Arbeitersekretariat befindet sich im Gewerkschafts-Haus, Harz 42/44, eine Treppe, Zimmer 7. Es ist geöffnet von 10 bis 12 und 2 bis 4 Uhr. Die Auskunft erfolgt unentgeltlich.

* **Halles Einwohnerzahl.** Nach der neuesten Berechnung des Statistischen Amtes betrug die fortgeschriebene Einwohnerzahl Halles am 1. Juni 1924: 195 883 Personen gegenüber 195 545 am 1. Mai 1924. Am 1. Juni des Vorjahres hatte Halle 195 373 Einwohner, am 1. Juni 1914 191 908.

* **Herabsetzung von Braunkohlenpreisen.** Die Wirkungen der Valutastabilisierung sind verhältnismäßig am geringsten auf den Märkten derjenigen deutschen Rohstoffe gewesen, die von den kartellierten Industrien erzeugt werden. Mit besonderem Erfolg hat sich der Kohlenbergbau bisher gegen Preisermäßigungen zu schützen gewußt, und zwar konnte man sich immer wieder auf das Beispiel des rheinisch-westfälischen Bergbaus berufen, der infolge der auf ihm ruhenden Micum-Lasten am wenigsten imstande war, seine Preise herabzusetzen. Die Klagen der Industrie Mitteldeutschlands über die hohen Braunkohlenpreise fanden bei den Produzenten keine Berücksichtigung. Erst jetzt ist nach langen Verhandlungen durch Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums der durchschnittliche Preis für mitteldeutsche Braunkohle und Briketts herabgesetzt worden, und zwar auf **3,50 Mk. je Tonne Rohkohle und auf 13,40 Mk. für die Tonne Briketts.** Die Ermäßigung ist allerdings nur ganz geringfügig, doch dürfte sie wesentlich dazu beitragen, die Schwierigkeiten der Kalitindustrie zu beseitigen.

* **Das gestrige Konzert im „Volkspark"** erfreute sich gleichfalls eines guten Besuchs, ein Beweis, daß die Dienstag-Konzerte Anklang finden. Bruno Plätz hatte diesmal nordischen Komponisten einen Ehrenplatz eingeräumt; leider kam die feine Stimmung Griegscher Weisen im Garten nicht zur Geltung. Schlecht in den Rahmen dieser Musik paßten die Vorträge des Frauenchors, der mehrere Volkslieder sang. Der Chor verfügt über gutes Stimmmaterial, ist aber zu schwach, um eine gute Wirkung, besonders im Freien, zu erzielen, besonders da er im Piano die beste Klangfärbung offenbarte. Der Chorleiter Reinhardt hat die Stimmen gut geschult, läßt sie aber manchmal seinem Stab entgleiten. Hoffen wir, daß es ihm gelingt, was seine Vorgänger nicht erreichten: den Frauenchor ebenbürtig neben unsere beiden Männerchöre zu stellen.

* **So sehen die „wahren Klassenkämpfer" aus.** Der 18jährige Kommunist Andra, der im vorigen Jahr an der Sprengung des Moltke-Denkmals beteiligt war, wurde jetzt hier als ein sehr gefährlicher Einbrecher und Spitzbube entlarvt. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er sich an 17 Kellereinbrüchen und 4 Diebstählen beteiligt hat. Er erhielt von der halleschen Strafkammer eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis. In diese Strafe wurden eingerechnet die 8 Monate Gefängnis, die er für die Beteiligung an der Sprengung erhalten hatte.

* **Feriensonderzug Halle—Ostpreußen.** Am 11. Juli verkehrt ein Sonderzug von Halle über Kothbus—Frankfurt (Oder)—Marienburg nach Ostpreußen mit dritter Wagenklasse mit ein Drittel Fahrpreisermäßigung. (Abfahrt Halle 2,52 Uhr nachmittags, Ankunft Königsberg 8,43 Uhr vormittags), jedoch nur bei ausreichenden Vormerkungen bis zum 28. Juni. Der Fahrkartenverkauf beginnt am 30. Juni. Die Sonderzugkarten gelten bis zum 10. September. Der Fahrpreis dritter Klasse ab Halle beträgt für Hin- und Rückfahrt nach Marienburg 86,80 Mk., nach Königsberg 46,— Mk. Zur Rückfahrt dürfen alle fahrplanmäßigen Züge mit der Sonderzugkarte benutzt werden, für D-Züge ist nur ein Zuschlag von 1,50 Mk. nachzuzahlen. Die Rückreise ist auch über Berlin zulässig. Im Sonderzuge entstehen an den Grenzen und innerhalb des polnischen Gebiets keine Paß- oder Zollschwierigkeiten, auch Personalausweise sind nicht erforderlich. Auf der deutschen Strecke ist jedoch mit Personenkontrolle zu rechnen, weshalb die Mitnahme eines Ausweises über deutsche Reichsangehörigkeit empfohlen wird. Der Sonderzug wird ohne Zwischenaufenthalt beschleunigt durchgeführt.

PREIS-ABBAU

Loden und Homespune 140 breit, passend für Sportbekleidung Meter 4.90

Der Verkauf beginnt heute, den 18. Juni, zu staunenerregend billigen Preisen!
Wir führen nur einige Beispiele an:

Frotté doppelbreit . . Mtr. 3,10 2,40	1.90	Gabardine reine Wolle, 130 breit, Mtr.	5.80	Wasch-Seide neueste Farben, doppelbreit	5.10
Wasch-Mousseline neueste Muster . Mtr. 1,20	85 ₰	Popeline reine Wolle, 105 breit, Mtr.	4.35	Streifen und Karos doppelbreit . . . Mtr. 2,95	1.85
Voile gemustert doppelbreit . . . Mtr.	85 ₰	Rips extra Qualität reine Wolle, 130 br., Mtr.	9.25	Covercoat 140 breit, Mtr. 12,50 9,25 6,90	3.90
Blusenstreifen neueste Dessins . . . Mtr.	1.25	Kammgarn blau für Anzüge . . . Mtr.	12.75	Reit-Cord reine Wolle, 140 br., Mtr.	11.25

Um unserer gesamten Kundschaft Gelegenheit zu geben, sich zu diesen Preisen einzudecken, behalten wir uns die Mengenabgabe vor!

Reste passend für Anzüge reine Wolle Gabardine Kammgarne usw. bis 30 Prozent reduziert.

Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft G. m. b. H., Spezialhaus für Herren- und Damenstoffe Große Ulrichstraße 12 u. 52

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0005

Was hat ein Unfallverletzter zu beachten, um seiner Ansprüche auf Unfallrente nicht verlustig zu gehen?

Von H. Lutz,
Obersekretär am Städtischen Versicherungsamt München.

Es muß vorausgeschickt werden, daß nur solche Unfälle in Frage kommen, die sich in Betrieben, die der reichsgesetzlichen Versicherung nach § 537 RVO. unterliegen, ereignen. Verletzt sich ein Arbeitnehmer in einem solchen Betriebe, so muß es sein erstes Bestreben sein, für die Erstattung der Unfallanzeige durch den Betriebsunternehmer Sorge zu tragen. Dieser hat gemäß § 1552 RVO. die vorschriftsmäßige Unfallanzeige sowohl der Ortspolizeibehörde als auch dem Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft) zu übermitteln. Dies kann nur geschehen, wenn dem Arbeitgeber der Unfall vom Verletzten gemeldet wird. Hier werden von den Verletzten oft große Unterlassungssünden begangen. „Solange ich arbeiten kann, brauche ich den Unfall nicht, ich kann ihn ja auch später melden", so hört man oft sagen. Man vergißt, daß der Nachweis für den Betriebsunfall später nicht mehr so leicht zu erbringen ist. Der Unfallhergang, den der Verletzte bei der ortspolizeilichen Unfalluntersuchung eingehend zu schildern hat, ist teilweise dem Gedächtnis entschwunden, auch erinnert man sich oft nicht mehr der Namen der Unfallzeugen. Keine Berufsgenossenschaft gewährt eine Unfallrente, wenn nicht der Betriebsunfall durch die ortspolizeiliche Unfalluntersuchung einwandfrei nachgewiesen ist. Ferner erwachsen dem Verletzten noch Schwierigkeiten durch den Betriebsunternehmer, den er zur nachträglichen Unfallmeldung ersucht. Dieser wird mit Recht fragen, warum der Verletzte den Unfall nicht früher gemeldet hat, und der Meldung ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen. Es kann durch unterlassene Unfallmeldung das Entschädigungsverfahren verschleppt und die Entschädigung oft selbst in Frage gestellt werden. Es mache sich deshalb jeder Verletzte in seinem eigensten Interesse zur Pflicht, den erlittenen Unfall sobald als möglich dem Betriebsunternehmer zu melden, wobei stets ein oder mehrere Zeugen des Unfalls nach Name, Stand und Wohnort zu benennen sind.

In den ersten 13 Wochen hat der Verletzte grundsätzlich keinen Anspruch gegen die Berufsgenossenschaft, er muß aber innerhalb dieser Zeit schlüssig werden, ob er Rentenansprüche an die Berufsgenossenschaft zu stellen hat. Dies wird dann der Fall sein, wenn voraussichtlich nach Ablauf der ersten 13 Wochen noch wesentliche erwerbsbehindernde Unfallfolgen bestehen werden. Viele Verletzte sind der Anschauung, daß sie nur dann eine Rente bekommen, wenn sie nach der 13. Woche noch nicht arbeiten können. Die Renten sind prozentual abgestuft und sollen nicht nur den gänzlich arbeitsunfähigen, sondern auch den arbeitenden Unfallverletzten für die teilweise Einbuße ihrer Erwerbsfähigkeit entschädigen. Bevor die Berufsgenossenschaft zur Rentenfeststellung schreitet, hat die Ortspolizeibehörde die Unfalluntersuchung gemäß § 1559 RVO. vorzunehmen. Die Unfalluntersuchung bildet den Grundstein, auf dem sich das Entschädigungsverfahren aufbaut, und sie wird von Amts wegen vorgenommen, falls auf Grund der vom Betriebsunternehmer erstatteten Unfallanzeige die Untersuchung für notwendig erachtet wird. Nicht alle Unfälle gelangen durch die Betriebsunternehmer zur Kenntnis der Ortspolizeibehörde und der Berufsgenossenschaft, und der Verletzte handelt klug, wenn er seinen Anspruch auf Rente bei der Berufsgenossenschaft, zu der sein Betrieb gehört, schriftlich anmeldet oder bei der Ortspolizeibehörde noch vor Ablauf der 13. Woche die Vornahme der amtlichen Unfalluntersuchung beantragt und bei seiner Einvernahme Unfallrente beansprucht. Die Ortspolizeibehörde sendet nach Abschluß der Verhandlungen die Niederschrift der einschlägigen Berufsgenossenschaft und diese ist verpflichtet, zu dem Antrag des Unfallverletzten Stellung zu nehmen und ihm einen berufungsfähigen Bescheid zukommen zu lassen.

Zur Frage der Verjährung des Rentenanspruches lautet der einschlägige § 1546 der Reichsversicherungsordnung wie folgt:

Wird die Unfallentschädigung nicht von Amts wegen festgestellt, so ist der Anspruch zur Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Jahre nach dem Unfall bei dem Versicherungsträger (Berufsgenossenschaft) anzumelden. Das heißt, wenn der Verletzte infolge eines Betriebsunfalles eine Einbuße seiner Erwerbsfähigkeit erleidet und er stellt innerhalb zweier Jahre keinen Anspruch auf Entschädigung, so ist dieser erloschen. Nach Ablauf dieser Frist kann nach § 1547 RVO. der Anspruch auf Rente noch geltend gemacht werden, es ist also der Anspruch nicht verjährt, wenn 1. eine neue Folge des Unfalles, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später, oder eine innerhalb der Frist eingetretene Folge erst nach Ablauf der Frist in wesentlich höherem Maße, wenn auch in allmählicher, gleichmäßiger Entwicklung des Leidens bemerkbar geworden ist. 2. Der Berechtigte an der Anmeldung seines Rentenanspruches durch Verhältnisse verhindert worden ist, die außerhalb seines Willens waren.

Der Anspruch ist in den beiden Fällen binnen drei Monaten anzumelden, nachdem die neue Unfallfolge oder Verschlimmerung bemerkbar geworden und das Hindernis weggefallen ist. Zur Erläuterung der Ziffer 1 des § 1547 sei folgendes bemerkt:

Eine Verletzung, die dem Arbeitnehmer in den ersten zwei Jahren nach dem Unfall keine derartigen Beschwerden macht, daß er einen Rentenanspruch erheben kann, verschlimmert sich nach Ablauf der Frist in einem Maße, daß eine Einbuße der Erwerbsfähigkeit eintritt, so liegt eine Verjährung nicht vor, nur muß der Verletzte darauf achten, Rentenanspruch 3 Monate nach der eingetretenen Verschlimmerung zu erheben.

Zu Ziffer 2 des § 1547 sei bemerkt: Eine Verjährung liegt nicht vor, wenn der Verletzte infolge Krankheit — nicht bei Unkenntnis des Gesetzes oder Unkunde des Lesens und Schreibens — verhindert war, Rentenanspruch zu erheben; auch hier gilt die Frist von drei Monaten nach Wegfall der Verhinderung. In Zweifelsfällen wird der Verletzte gut tun, das Berufungsverfahren, das kostenlos ist, durchzufechten. Die Berufsgenossenschaft muß dem Berechtigten auf seinen Rentenantrag, wenn dieser auch aussichtslos erscheint, einen schriftlichen Bescheid erteilen, gegen den Berufung beim Oberversicherungsamt erhoben werden kann. Es sind die Fälle nicht selten, in denen durch die neuerliche Aufrollung des Falles im Berufungsverfahren sich nach der entschädigungspflichtigen Seite hin derart günstige Momente ergeben, daß dem Verletzten eine Rente zugesprochen werden muß.

Nur Betriebsunfälle werden entschädigt. Es herrscht bei einem großen Teil der Arbeitnehmerschaft Unklarheit darüber, welche Unfälle als Betriebsunfälle im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen sind. So kommt es, daß einerseits viele Verletzte Zeit und Arbeit bei der Verfolgung einer aussichtslosen Sache verwenden, anderseits mancher Verletzte in der Meinung, der ihm zugestoßene Unfall sei kein Betriebsunfall, sich von der Verfolgung seines Anspruches abhalten läßt.

Die Schulform der Republik!

Ueber dieses Thema spricht Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der Aula der Klosterschule

Herr Rektor Becherer (Piesteritz)

Eltern, Parteifreunde, Freunde der Republik! Erscheint in Massen!

* **Filmvorführungen in Schule und Jugendpflege.** Verschiedene dem Kultusministerium vorliegende Berichte gehen von der Annahme aus, daß künftig Lichtspielveranstaltungen an Schulen und in der Jugendpflege nur von solchen Persönlichkeiten geleitet werden dürfen, die sich mit Erfolg einer Prüfung nach der Prüfungsordnung vom 23. Januar 1923 unterzogen haben. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst hierzu mitteilt, ist eine solche Einschränkung in dem erwähnten Erlasse nicht enthalten und fürs erste weder vom Kultusminister noch vom Minister für Volkswohlfahrt beabsichtigt. Die getroffenen Bestimmungen sollen nur dazu dienen, Lehrer und Jugendpfleger an den Gedanken der Notwendigkeit sachgemäßer Ausbildung zu gewöhnen und dadurch die künftige Einführung einer verbindlichen Prüfung vorzubereiten.

* **Luftpostverkehr nach Rußland, Lettland und Estland.** Vom 10. Juni an befördert die Luftpost Königsberg—Moskau alle Arten gewöhnlicher und eingeschriebener Briefsendungen nach Rußland, Sibirien, China und Persien (bisher nur Briefe und Postkarten). Flugzuschlag neben den gewöhnlichen Auslandsgebühren für Postkarten 20 Pf., für je 20 Gramm anderer Briefsendungen 30 Pf. Zeitgewinn gegenüber gewöhnlicher Beförderung 42 Stunden. Nach Estland sind fortan ebenso wie nach Lettland auch Luftpostpakete, dringende und nicht dringende, und Luftpostzeitungen zugelassen. Beförderung auf der Luftpostlinie Königsberg—Memel—Riga—Reval—Helsingfors. Die Pakete erreichen mit der Luftpost ihr Ziel einige Tage früher als auf gewöhnlichem Wege. Wegen der Zuschlaggebühren Auskunft bei den Postanstalten.

* **Arbeiter-Sängerchor.** Kommenden Freitag abend 8 Uhr findet im Garten des „Volkspark" der Liederabend statt. Die Sangesbrüder haben sich rechtzeitig einzufinden.

* **Gestohlene Hausnummern.** Am 26. Mai sind in einem Sandfänger am Spielplatz in der Ludwigstraße nachstehende Hausnummerschilder gefunden worden: 31, 43, 44, 49, 54, 60, 67, 71, 75, 77 und 78. Die rechtmäßigen Eigentümer werden ersucht, ihre Schilder bei der Kriminalpolizei in Empfang zu nehmen.

* **Folgen völkischer Verhetzung.** Gestern gegen 10 Uhr abends sammelten sich am Stadtgottesacker etwa 80 Personen, Angehörige verschiedener politischer Parteien, in der offenbaren Absicht, sich gegenseitig anzugreifen. Durch rechtzeitiges Eingreifen von Polizeibeamten konnten Zwischenfälle vermieden und die Menge zerstreut werden.

* **Verkehrsstörung.** Dienstag nachmittag brach in der Mansfelder Straße ein Rad eines mit Sand beladenen Wagens. Da der Wagen auf die Schienen der Straßenbahn zu liegen kam, entstand hierdurch eine Verkehrsstörung der Straßenbahn von etwa 20 Minuten.

Löbnitz. In der letzten Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins wurde nach der Erledigung der Tagesordnung eine Aussprache herbeigeführt, wie sich die Genossen, welche Kriegsteilnehmer sind, zur Gründung einer Ortsgruppe des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" stellen. Einstimmig wurde beschlossen, eine Gründungsversammlung, welche am Sonnabend, dem 21. Juni, stattfinden soll, vorzubereiten.

Aus der Arbeitersportbewegung.

TV. „Die Naturfreunde", Sportabteilung. Die erste Handballmannschaft trägt am Donnerstag, dem 19. Juni, ein Spiel gegen H. F. C. „Minerva" aus, auf dem Platz des Gegners (Stadion). Spielkleidung ist schwarze Hose und weißes Hemd. Treffpunkt 1/27 Uhr am Stadion. Die Spieler haben vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Heute, Mittwoch, alles zum Training auf der Peißnitz erscheinen, eventuell ein Wettspiel.

Aus der Provinz.

„Die Gemeinde" bestellen.

Die Bestellungen für die ab 1. Juli 14tägig erscheinende kommunale Zeitschrift „Die Gemeinde" sind bisher noch nicht von allen Orten eingegangen. Erfreulicherweise haben zwar schon viele Gemeindevertreter und auch andere Funktionäre Bestellungen aufgegeben, es fehlen aber noch sehr, sehr viele, denen das Studium kommunalpolitischer Probleme vom praktischen Standpunkt aus besonders zu empfehlen ist.

Wir ersuchen deshalb diejenigen Ortsvereine, die für die in den Kommunalverwaltungen tätigen Genossen noch keine Bestellungen aufgegeben haben, das sofort zu tun, damit die Zustellung ab 1. Juli pünktlich und regelmäßig erfolgen kann.

Die Bezirksleitung der SPD. Halle.

Gustav Lochstampfer gestorben.

Am Dienstag ist in Magdeburg der auch in unserem Bezirk sehr bekannte Gewerkschaftssekretär Gustav Lochstampfer nach langem Leiden gestorben. Lochstampfer war aus Schwaben, wo er am 3. April 1872 in Eßlingen geboren war und nach der Schulentlassung Chemigraph lernte. Er durchwanderte dann Deutschland und landete vor 30 Jahren in Magdeburg, wo er seine Militärzeit abdiente und später heiratete. Jahrelang stand er hier seiner Gewerkschaft vor; nach dem Weltkrieg, der ihn fünfzig Monate festhielt, trat er in das Magdeburger Arbeitersekretariat ein, wo er bis zu seiner Erkrankung wirkte.

Die Magdeburger „Volksstimme" ehrt den Toten durch einen Nachruf, in dem es heißt: „Der Tod war dem Verblichenen ein Erlöser. Allen, die ihm näherstanden, wird er im Gedächtnis bleiben als ein aufrechter Mann und Kämpfer, als gemütstiefer Mensch, der nichts leicht nahm und an seine Aufgabe mit hingebendem Ernst und mit Begeisterung ging. Wir können sein Andenken am besten ehren, wenn wir uns bestreben, so zu leben und zu wirken, daß man von uns einst das gleiche sagen kann."

•

Wie die „Volksstimme" ferner mitteilt, ist noch Genosse Friedrich Klotzsch, Bezirkssekretär der Parteiorganisation Sachsen-Anhalt, im 56. Lebensjahre nach jahrelangem Leiden gestorben.

Die blauen Ritter von Torgau.

„Heute Schützenbruder,
Morgen armes Luder."

Wenn Trunkfestigkeit, unendliches Fassungsvermögen für Alkohol jeder Färbung, heisere Brüllkehle und klapperndes Umherschleppen alter Eisenstücke, wahre Bürgertugenden sind, dann gebührt der lieben Stadt Torgau der Ruhm, die edelsten und besten Bürger Deutschlands zu hegen. Vor etlichen hundert Jahren zogen die biederen Spießbürger Torgaus nämlich schwergewappnet aus zur Fehde wider die Stadt Wurzen, nachdem man sich den nötigen Mut angetrunken hatte. Dann aber ging es ihnen wie dem Krähwinkler Landsturm: Mit der wachsenden Entfernung vom heimatlichen Suppentopf sank der Mut immer mehr, und als man endlich auf den „Feind" stieß, da — umarmte man ihn und betrank sich brüderlich. Seither feiert der Spießer den „Auszug", hängt alle zwo Jahr die alten Panzerbrüste um, trottelt vor die Stadt auf die Wiese und führt dort 14 Tage lang ein asketisches „Ritterleben" in Burgen aus Holz und Pappe, in Trinkzelten und bei Röstwürsten. Zugelassen als Gäste minderen Ranges sind auch die „ungepanzerten" Schützengilden der Umgegend, die natürlich eine klägliche Rolle im Vergleich zu den klappernden „Rittern" Torgaus spielen. Ausgenommen sind nur die „Frackschützen", die ihre Zugehörigkeit zur besseren Gesellschaft durch Schleppen ererbter Fräcke und Zylinder beweisen. Man sah Hutexemplare wahrhaft vorsintflutlichen Aussehens, die offenbar dem märkischen Urzeitmuseum entstammten!!

Wir haben zugesehen und gelacht!

„Zwei Jahre lang der „Ritter" spart,
Er schnitt nicht einmal Haar und Bart,
Um endlich dann in vierzehn Tagen
Den ganzen Zaster breitzuschlagen.

Dann singt der Spießer voll und toll
Mit Hängebauch und Sperlingswaden:
„Wir sind schon wieder alle voll,
Ja, wieder voller Gnaden!"

Der entfaltete Lappen.

Am 10. Februar fand in Magdeburg eine Bezirkskonferenz der Arbeiterjugend statt. Nach der Tagung gingen die auswärtigen Teilnehmer in Gruppen zum Bahnhof. Ein Dessauer Jugendgenosse trug einen roten Wimpel. Folge: Polizeiliche Sistierung und Strafbefehl. Von besonderem Interesse ist der Strafbefehl der Magdeburger Staatsanwaltschaft. Es heißt darin, daß der junge Mann dem Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel zuwidergehandelt hat, indem er als Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterjugend-Gruppe Dessau „unter Mitführung eines entfalteten

„Le Compagnon"

(Der Gefährte.)

8] Von Victor Margueritte.

Und der Krieg . . . Wenn sie daran dachte, was man ohne Widerspruch der Mütter aus ihren Söhnen gemacht hatte, wenn sie sich den Tod so vieler Menschen vorstellte, dieses sinnlose Blutbad, nur damit zum Schluß die Perlenkolliers länger und die Röcke kürzer wurden! Frauen, Mütter, die — wenn sie nur gewollt hätten — ihre Kinder im Kultus des Lebens, in der Religion der Gerechtigkeit hätten erziehen können! . . . Nein! Das waren läufige Hündinnen, die zu ihrer Kette noch die Peitsche verdienten! . . .

Sie zuckte die Schultern.

„Jeder ist seines Glückes Schmied. Ich versichere dir, daß ich mich bestreben werde, meines zu machen . . . Jeder trägt auch die Schuld an seinem Unglück . . . Hüte dich, deinem in die Arme zu laufen, indem du zustimmst, nicht mehr zu arbeiten. Jedenfalls habe ich dich gewarnt . . . Was geht denn da vor?"

Aus der Gegend des Ostbahnhofes drang Lärm und Geschrei, näherte sich und wurde lauter: die Midinetten! Die Midinetten standen seit vierzehn Tagen im Streik. Ihre Vereinigung war die einzige, die — außerhalb der geschlossenen Sitzung der an der Arbeiterbörse versammelten Vertreter der Arbeiter-Zentralorganisation — als Antwort auf die Aussperrung der Unternehmer eine Straßendemonstration beschlossen hatte.

Sie trugen als Abzeichen ihres Zusammenschlusses Nummern des „Peuble" und der „Humanité" und zogen in hellen Blusen und mit feschen Hüten (Aufputz um vier Sous, die Kleider billig aber reizend) gruppenweise durch das gedrängte Spalier der Neugierigen. Jede hatte ein kleines Bukett Maiglöckchen, mit einem roten Bande gebunden. Von Schutzleuten eskortiert, marschierte die tapfere kleine Truppe, etwa hundert Arbeiterinnen, in geschlossenen Reihen vorbei und sang im Takt: „Die Schieber werden angespuckt! . . . angespuckt! . . ." und „Im Narrenhaus von Charenton . . ." Manchmal, wenn irgendein Kerl Miene machte sie anzurempeln, ertönte ihr Protest im Chor: „Steig mir auf den Buckel, dann kannst du den Montmartre sehn!" Und sie wiederholten den Refrain dieses Chansons aus der Vorstadt, ließen ihn munter anschwellen wie einen Kriegsruf . . . Ihre spottlustigen Stimmen durchdrangen das Brausen des Stadtlärmes und erweckten die Sympathie schlichter Gemüter.

„Die armen Kinder!" sagte Annika. „Sie haben recht."

„Nicht ganz . . . Lilli könnte dir davon erzählen. Je mehr sie verdienen, desto mehr beklagen sie sich. Wie ich Zweite war, mußte ich mit meinen neun Franks im Tag ganz zufrieden sein."

„Fleisch und Brot steigen doch für jeden im Preise. Wieviel bekommst du als Probierfräulein?"

„Wie du weißt, siebenhundert Franks im Monat."

„Und Lilli?"

„Fünfzehnhundert, weil die Erste sie am Verkaufe beteiligt."

„Da verschiebt sich eben der Standpunkt."

Annika stand aufrichtig auf Seite der kleinen Nähmädchen, die ihre Jugend verbrauchten, um gegen elende Bezahlung bürgerlichem Protzentum Putz zu liefern . . . Alten und neuen Reichen, einer ganzen Kaste von Müßiggängerinnen, denen nichts daran lag, für ein Kleid dreitausend Franks zu zahlen, die aber zu schreien begannen, wenn eine Arbeiterin, die dabei kaum genug verdient, um nicht zu verhungern, Lohnaufbesserungen verlangte.

Die schlanken Körper gestrafft, und im Vorbeimarsch lächelnd, zogen die Midinetten nach der Maison Confédérale. Daraus, daß die meisten von ihnen in ihrer leidvollen Armut noch den angeborenen Charm der Pariserin zeigten, und daß ihre Jugend trotz der Arbeitsfron, Schönheit, Entschlossenheit und Sorglosigkeit ausstrahlte, folgerte Annika nicht, wie ihre Schwester, daß sie keine Teilnahme verdienten. Im Gegenteil . . .

Der Zug war in die Rue Lancry eingebogen. Kleine Trupps folgten über den Boulevard Magenta bis zur Arbeitsbörse. Paula rief aus:

„Schau! Da kommt ein Autobus! Die Ruhepause ist um. Da! . . . vom Platz der Republik . . ."

„Nein, die anderen Wagen rühren sich noch nicht von der Stelle. Das muß irgend ein Freiwilliger von der Bürgerlichen Union sein, einer von den Herren, die die Gesellschaft retten wollen . . So ein Wichtigtuer! . . . Achtung, es . . ."

Sie hatte den Satz noch nicht zu Ende gesprochen, als der Gelegenheitschauffeur — wie er einer der von der Polizei zusammengedrängten Gruppe ausweichen wollte — die Herrschaft über seinen schweren Wagen verlor. Er stieß an das Trottoir, riß eine Straßenlaterne um und fuhr in die Menge. Wilde Schreie, Panik. Ein Haufe von entsetzten Leuten flutete über die Terrasse zurück, warf Sessel und mit Gläsern bedeckte Tische samt den Gästen in wildem Durcheinander zu Boden.

Annika hatte in ihrer gewohnten Geistesgegenwart Paula in das Innere des Kaffeehauses gezogen. Während man einen Getöteten rasch verschwinden ließ und drei Verwundete in eine nahe Apotheke brachte, zirkulierten die furchtbarsten Gerüchte. Am Autobus wurde der schuldtragende Lenker unter Schmähurfen bedroht: „Einmal im Leben arbeitest du! . . Du Kavalier! . . . Du Haderlump!" Schon schienen Prügel unabwendbar, als eine Gegenströmung den aufgewühlten Boulevard in Bewegung brachte und die Ansammlung auseinander trieb.

Die Trottoirs entlang kam von der Arbeitsbörse her ein unwiderstehlicher Stoß und verjagte die Spaziergänger und die erschreckten Unbeteiligten. Wirres Geschrei erhob sich. Plötzlich erschien ein dunkles Gewimmel von Menschen und bedeckte wie eine Springflut wieder die Straße. Ein lärmendes Chaos von Leuten, vorwärtsgestoßen und geschlagen von der Schutzmannschaft. Es waren die Abordnungen der Arbeitersyndikate, die von der Sitzung kamen und von der Polizei brutal aufgefordert worden waren, auseinander zu gehen. Der Zusammenstoß war so heftig gewesen und so unerwartet, daß er aus einer Balgerei sogleich in einen wahren Kampf ausartete. Faustschlägen und Stockhieben folgten sehr bald — die wütenden Schutzleute hatten vom Leder gezogen — Messerstiche zur Abwehr der Säbel. Arbeiter und Polizisten, eben noch völlig friedlich, standen einander in wiederaufgeflammtem ewigen Haß kampfbereit gegenüber. Brownings knallten. Auf beiden Seiten fielen Opfer.

Annika sah blutüberströmte Gesichter in der Verwirrung einer kopflosen Flucht vorbeihasten. Friedfertige Spaziergänger und Demonstranten suchten sich, so gut sie konnten, zu decken. Entsetzen lähmte sie, eine Empörung, die angesichts der auf allen Seiten entfesselten Wildheit hilflos war.

Ein Greis, den eine Horde von Rasenden mit hervorquellenden Augen verfolgte, stürzte gehetzt in das Kaffeehaus. Man machte ihm Platz, aber er taumelte gegen Paula. Da holte ihn ein Polizist mit goldbetreßtem Käppi ein und schlug ihm die harte Faust auf den Schädel. Andere bearbeiteten ihn mit ihren eisenbeschlagenen Stiefeln.

„Das ist eine Schande!" schrie Annika und faßte den Arm des Wachtmeisters. „Sie sind doch selbst ein Mann aus dem Volke . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0006

„roten Lappens mit seinen Genossen zum Hauptbahnhof zog".

Spöttisch bemerkt dazu die Magdeburger „Volksstimme": „Roter Lappen! Dieser geistvolle Ausdruck erdacht von einer sehr hohen amtlichen Stelle, bekommt noch eine besondere juristische Bedeutung, denn bisher war das Tragen von aufgerollten Fahnen unter dem Ausnahmezustand verboten, nun ist von dem entfalteten Lappen die Rede. Falls in zukünftigen Verordnungen gewisse Unterschiede gemacht werden — was sehr leicht möglich ist — wird es vielleicht heißen: schwarzweißrote Lappen können enfaltet werden, schwarzrotgoldene und rote werden beschlagnahmt. Das Wort Lappen wird gesellschaftsfähig, es wird sich kein guter Bürger mehr beleidigt fühlen, wenn er läppisch oder ein Lappen genannt wird. Vielleicht werden nationalistische Jugendbünde nur noch Sehnsucht haben, unter siegreichen Lappen über den Rhein und nach Paris zu ziehen. Dieser Bezeichnung für ein Ding, das man bisher Wimpel, Fähnchen oder Fahne nannte, ist doch nun durch eine Gerichtsstelle gleichsam Amtscharakter gegeben worden, sie wird allgemein in Gebrauch kommen. Die hohen Behörden sorgen für Kultur!"

Mit dieser beißenden Ironie wird das Richtige getroffen. Die behördlichen Organe sehen wohl das rote Tuch, aber nicht das schwarzweißrote, das sich trotz Verbots demonstrativ in den Straßen entfalten kann, ohne daß dagegen eingeschritten wird (siehe den 11. Mai in Halle). Die Staatsanwaltschaft ist auch in der Republik immer noch die „objektivste" Behörde.

Schkeuditz. Aufgeklärter Leichenfund. In dem Toten welcher am Sonnabend in der Merseburger Straße aus der Elster gelandet wurde, ist der 19 Jahre alte Zurichter Willy Hentschke festgestellt worden. H. wohnte bei seinen Eltern in der Lindenstraße und war seit acht Tagen spurlos verschwunden. Er hat mehrfach geäußert, sich das Leben nehmen zu wollen.

Weißenfels. Mord? In Osterfeld bei Weißenfels wurde auf einem Felde die Leiche einer Gutsbesitzerstochter aufgefunden. Sie wies Schußwunden auf und es wird Mord angenommen. Von Halle ist noch diese Nacht ein Polizeibeamter mit einem Hunde nach der Fundstelle abgereist.

Sangerhausen. Das mißglückte „Fensterln". Ein heiteres Geschichtchen hat sich dieser Tage hier zugetragen. Ein junger Bursche wollte das in Süddeutschland so beliebte „Fensterln" auch einmal in Sangerhausen versuchen. Sei es nun aber, daß er darin noch nicht die richtige Uebung hatte, oder hatte er sich vorher zuviel Mut angetrunken — kurz, statt leise zum Fenster hineinzuschlüpfen, fiel er mitsamt dem Fensterrahmen in das Zimmer! Das verursachte einen derartigen Lärm, daß nicht nur die Nachbarschaft, sondern auch die Polizei aufmerksam wurde, die dem Idyll mit rauher Hand ein Ende machte.

Kelbra. Parteiversammlung. Am Sonntagabend fand in der Schenke eine Versammlung unseres Parteivereins statt, die einen guten Besuch aufwies. Der Vorsitzende, Genosse Möckel, erstattete dort einen ausführlichen Bericht über die beiden letzten stattgefundenen Stadtverordnetensitzungen. Den Ausführungen schloß sich, wie immer, eine rege Aussprache an. Dann hielt Genosse Hesse ein Referat über die letzte stattgefundene Reichstagswahl. An der Hand einer zusammengestellten Statistik wies der Referent nach, daß in den Orten unseres Agitationsbezirks, wo ein Parteiverein besteht oder mehrere Vertrauensmänner mit Eifer für die sozialistischen Ziele eintreten, der Erfolg nicht ausblieb und sich die sozialistischen Stimmen gegen die Wahl von 1920 bedeutend vermehrten, während in Orten, welche 1920 noch eine beträchtliche Stimmenzahl aufweisen konnten, infolge der Untätigkeit der dortigen Genossen die Stimmenzahl rapide zurückgegangen ist. Für die Partei- oder die Bezirksleitung erwachse die dringende Aufgabe, mit allen Mitteln zu versuchen, dort wieder die verlorenen Positionen zurückzugewinnen. Die Ausführungen des Referenten fanden allseitige Zustimmung. Dann wurden verschiedene Abrechnungen, darunter die vom letzten Quartal erledigt. Da unser Genosse Stadtv. Möckel als Magistratsmitglied gewählt ist, wurde als Listennachfolger der Genosse Franke bestimmt.

Bottendorf bei Roßleben (Unstrut). Die SPD. marschiert. Einen sehr guten Verlauf nahm die am Sonnabend, dem 14. Juni, einberufene öffentliche Versammlung in der „Weintraube" in Bottendorf. Genosse Parteisekretär Kämpf (Merseburg) sprach über „Die Sozialdemokratie nach den Wahlen". Der Referent kennzeichnete den Kuhhandel der Deutschnationalen mit den Bürgerlichen um die Ministerposten und stellte fest, daß gerade die Deutschnationalen und die Völkischen ihre Versprechungen den Wählern gegenüber von Anfang an haben fallen lassen und nur bestrebt waren, an die „Futterkrippe" zu gelangen. Auch die Schulbubenstreiche der Kommunisten bei der Eröffnung des neuen Reichstags und bei der Wahl des Reichstagspräsidenten kennzeichnete der Referent. Er wies nach, daß die Sozialdemokratie mit der Parole „Für das Sachverständigengutachten" erst die Richtung der Regierung bestimmt hat. Der parlamentarische Erfolg der Sozialdemokratie ist glänzend. Um die Idee des Sozialismus weiterzutragen und unsere Genossen in den Parlamenten zu unterstützen, müssen überall Mitarbeiter für die Partei gewonnen und Ortsgruppen gegründet werden. Nur praktische Parteiarbeit führt zum Ziele. Der Redner erntete starken Beifall der sehr gut besuchten Versammlung. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Erfolg des Abends ist die Gründung des Ortsvereins Bottendorf für die Partei. Vorsitzender ist der Genosse Hugo Siebeck, Kassierer der Genosse Oswald Krumpholz.

Naundorf. Folgen der Unvorsichtigkeit. Der Oberschweizer Böhme befand sich mit seinem fünfjährigen Sohn auf einer Reise. Das Kind lehnte sich an die Tür, um zum Fenster hinaussehen zu können. Dabei ging die Tür auf und der Junge stürzte aus dem fahrenden Zuge. Er war auf der Stelle tot.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 18. Juni 1924.

Vor der Kirschenernte.

Noch eine kurze Zeit und die Kirschbäume unserer Heimat spenden ihre beliebte Frucht. Wenn kein Unwetter daher rast, verspricht die Spende eine reiche zu werden. Die Stadt Eisleben verfügt, wie manche andere Gemeinde, über eigenen Obstanhang. In der Zeit nach dem Kriege führte die Stadtverwaltung auf erfolgten Beschluß im Stadtparlament die Selbstbewirtschaftung des geernteten Obstes ein. Andere Gemeinden der Umgebung, die es ganz gut hätten ebenso machen können, zogen es vor, durch öffentliche Verpachtung recht viel Geld einzuheimsen, dafür aber mit beitragen zu helfen, die allgemeinen Obstpreise zu steigern. Es gehört nicht viel Schlauheit dazu, um zu wissen, daß der Obstpächter seine durch Konkurrenz meist künstlich hochgetriebene Pachtsumme herauszubekommen und außerdem natürlich auch noch einen erklecklichen Gewinn einstreichen will. Das sind keine neuen Weisheiten, sondern das liegt im kapitalistischen System begründet. Von diesem nachgerade ausgetretenen Geleisen ging die Stadtverordnetenversammlung unter sozialdemokratischer Führung eben ab. In mancherlei Hinsicht war diese Maßnahme besonders unter dem Gesichtswinkel heimatlicher Verhältnisse betrachtet, gewisses Neuland. Im Laufe der Jahre häuften sich die mit dem neuen Rezept gemachten Erfahrungen auch in finanzieller Weise für die Stadt in günstigem Lichte, insbesondere hatte die Bevölkerung ihre Vorteile dabei. Diesmal wollte die bürgerliche Mehrheit davon abgehen und schlug öffentliche Bewirtschaftung vor. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte befreite sich aber von der unangenehmen Tatsache, immer Anhängsel des Bürgerrings zu sein und machte diesmal neben den Sozialdemokraten und Kommunisten die Fahrtrichtung des Bürgerrings nicht mit. Damit wäre dem letzteren die ganze Last der Verantwortung dafür zugefallen, wenn dem ohnehin schlecht entlohnten Mansfelder Bergmann die im Einerlei des täglichen Speisezettels wünschenswerte Abwechslung durch künstliche Verteuerung der begehrten Kirschenfrucht eingetreten wäre.

Die Ausführungen des Redners unserer Fraktion, die durch restlose Zustimmung durch die Demokraten, das Zentrum und die Kommunisten unterstrichen wurden, möchten ihnen wohl zu denken geben und so revidierten sie ihre Haltung und traten dem Magistratsantrag, dieselbe Bewirtschaftung wie im Vorjahre vorzunehmen, bei. Es wird nach den im Laufe der Jahre gemachten Erfahrungen ein Teil öffentlich verpachtet und ein wesentlicher Teil städtischerseits bewirtschaftet bzw. verkauft. Das gilt auch vom Hartobst.

Für die Bürgerlichen bedeutet das zweifellos ein Abweichen vom privatkapitalistischen Grundsatz. Und nimmt man diesen immerhin beachtenswerten Vorgang unter die kritische Sonde, so wäre es natürlich mindestens etwas eitel, wollte unsere Fraktion diesen Erfolg allein den Ausführungen ihres Redners zuschreiben. Einen nicht geringen Beitrag dazu leistete die Haltung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die damit den Bürgerring in eine Stellung drängte, die diesem jedenfalls nicht angenehm erschien. Wenn der Bürgerring in diesem Augenblick elastisch genug war, sich den Verhältnissen durch Aufgabe seines Standpunktes anzupassen, so ist das gewiß ein Beweis dafür, daß das Spiel der Kräfte im neuen Stadtparlament die vollste Aufmerksamkeit erfordert. Ein Umstand, der dazu beitragen sollte, unsere Taktik auf kluge Entfaltung durchschlagender Argumentation und nicht auf temperamentvolles Draufgängertum einzustellen.

---

* **„Sesam, öffne dich!"** In der Nacht zum Sonnabend sind aus dem Eisleber Amtsgerichtsgefängnis drei Inhaftierte ausgerückt, ein Arbeiter Walther aus Eisleben, ein Arbeiter Welbing aus Rothenschirmbach und ein Arbeiter aus Erdeborn. Ohne Türen zu erbrechen oder sonstwie Gewalt anzuwenden — mit Ausnahme des Verpassens von Anzügen aus dem Kleiderbeutel —, haben die drei die goldene Freiheit gesucht und gefunden. Wie sie zu dem „Sesam, öffne dich!" gelangt sind, muß erst noch die Untersuchung ergeben. Etwas romantisch klingt es aber doch, wenn das „Eisleber Tageblatt" davon spricht, als sei ein Schlüsselbund im Brot gebacken eingeschmuggelt worden. Der Hedwig-Courths-Mahler-Stil läßt sich selbst bei solchen Nachrichten nicht verleugnen.

Gewerkschaftsbewegung.

Deutscher Bergarbeiterkongreß.

24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Dresden, 17. Juni. (Eig. Bericht.)

Am Sonntagnachmittag wurde die 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands mit der Begrüßung des Vorsitzenden des Ortsausschusses des ADGB., Genossen Wiesner, eingeleitet. Stadtrat Krüger begrüßte die Versammlung namens der Landeshauptstadt, worauf der zweite Verbandsvorsitzende, Genosse Waldhecker, die Generalversammlung eröffnete. Er gedachte insbesondere des verstorbenen Führers, Genossen Otto Hue, durch dessen Tod die Organisation einen unersetzlichen Verlust erlitten habe. Hue sei nicht nur ein Vorkämpfer und Berater, sondern auch Führer, Erzieher und Wegbereiter sowie ein treuer Freund der Arbeiterschaft gewesen. Waldhecker wies darauf hin, daß in der Berichtszeit wieder 706 Kameraden tödlich verunglückt seien und 205 schwer verletzt wurden. Der Redner schilderte dann die Entwicklung des Verbandes, dem vor 30 Jahren erst 5000 Mitglieder angehörten und der nunmehr 265 900 Mitglieder zählt, nachdem die Hochflut im Jahre 1921 mit 467 000 Mitgliedern wieder verebbt ist.

Das sächsische Ministerium ließ durch den Wirtschaftsminister Müller seine Glückwünsche zum glücklichen Gelingen der Tagung übermitteln. Für die preußische Regierung sprach der Handelsminister Siering, der versicherte, daß das preußische Staatsministerium das lebhafteste Interesse an den Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses zeigen werde. Das Reichsarbeitsministerium vertrat Oberregierungsrat Dr. Tiburtius. Außer dem ADGB. sind eine ganze Reihe ausländischer Bruderorganisationen vertreten, ferner das Internationale Arbeitsamt in Genf. Bei der Konstituierung der Generalversammlung wurden Husemann, Waldhecker und Becker (Gießen) als Vorsitzende gewählt.

Die Verhandlungen wurden erst am Montag mit einem Referat des Genossen Husemann über die allgemeine Verwaltung aufgenommen. Husemann erklärte u. a., daß Deutschland gegenüber dem Stande im letzten Friedensjahre jährlich einen Verlust von 51 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung zu verzeichnen habe. Alle Versuche, durch Vermehrung der Belegschaften an die Friedensproduktion heranzukommen, hätten nicht zum Ziele führen können. Aber trotz des Rückgangs der Förderung seien in den letzten drei Jahren auf Grund des Versailler Vertrags noch rund 56 Millionen Tonnen Reparationskohle abgeführt worden. Aehnlich sei es bei der Braunkohle und bei der Koksgewinnung. Während 1913 rund 34 Millionen Tonnen Kohle ausgeführt werden konnten, seien 1922 insgesamt 61,5 Millionen und 1923 rund 28 Millionen Tonnen Kohle eingeführt worden. Im Kalibergbau arbeiteten 1921 insgesamt 219 Werke, während zwei Jahre später 113 Werke in Betrieb waren, von denen inzwischen wiederum ein Teil bis auf 83 die Arbeit eingestellt hat. Tausende von Bergarbeitern müßten monatelang arbeitslos dahinleben. Im Erzbergbau Hessen-Nassau seien 80 Prozent der Betriebe stillgelegt. Auch im Braunkohlenbergbau seien die Verhältnisse nicht besser. Husemann erklärte dann, daß die Abwehr gegen den Einmarsch in das Ruhrgebiet im Sinne des verstorbenen Bergarbeiterführers Otto Hue gelegen habe. Leider sei der Ruhrkampf verloren worden, weil er nicht mit den rechten Mitteln finanziert und rechtzeitig abgebrochen wurde.

Der Redner gab anschließend ein

umfassendes Bild von den Bergarbeiterkämpfen

der letzten Jahre, die besonders wegen der geforderten Verlängerung der Arbeitszeit geführt wurden. Im Zusammenhang mit dem jüngsten Kampfe der Bergarbeiter gegen die Zechenbarone äußerte Husemann, daß in den letzten vier Wochen viel mehr an Förderung ausgefallen sei, als in den letzten fünf Monaten durch Mehrarbeit von den Bergarbeitern gefördert worden ist. Scharf war die Abrechnung des Referenten mit den Kommunisten, deren Sinn darauf gerichtet sei, alles zu zerschlagen, ohne etwas Besseres an die Stelle des Bestehenden zu setzen. Die Kommunisten führten die Arbeiterschaft nicht zu ihrem Ziele, sondern immer tiefer in das Elend hinein.

Auch während des Bergarbeiterstreiks seien die kommunistischen Schreier die ersten gewesen, die die Arbeit wieder aufnahmen, weil sie fürchteten, entlassen zu werden.

In Oberschlesien, wo die Kommunisten die Führung an sich gerissen haben, stecken die Arbeiter im tiefsten Elend. Die Verbindung mit der Roten Gewerkschaftszentrale in Moskau lehnte Husemann ab, da sie ein Anhängsel der Kommunistischen Partei sei, während er der Internationale von Amsterdam und London Treue gelobte.

Anschließend folgte der Bericht Martmöllers über die sozialpolitischen Fragen. Er bemerkte, daß die Bergarbeiterschaft mit der Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge nicht allgemein einverstanden sein könne. Die Beseitigung der Selbstverwaltung bei der Erwerbslosenfürsorge müsse bekämpft werden. Ein Lichtblick sei das Reichsknappschaftsgesetz. Besonders wichtig sei die Bestimmung in § 26, daß jeder 50 Jahre alte Bergmann nach 25jähriger Bergarbeit Invalide werden könne, ohne den ärztlichen Nachweis der Berufsunfähigkeit beizubringen. Die Rente werde durch das Gesetz bei 25jähriger Tätigkeit auf 40 Prozent des Hauerlohnes, gegenüber früher 22 Prozent, festgesetzt. In diesem Zusammenhang bedauerte der Redner das Entgegenkommen des Reichswirtschaftsministers gegenüber den Unternehmern, die eine Abänderung des Gesetzes wünschen, da sie die Lasten nicht tragen könnten. Durch die Arbeitszeitverordnung sei der Achtstundentag in der Praxis sehr in Frage gestellt. Bis jetzt sei es immer noch geglückt, die schwersten Anstürme der Gegner auf die Sozialpolitik abzuschlagen. In der nächsten Zeit seien neue sozialpolitische Gesetze, insbesondere das Berggesetz, zu erwarten, und da seien Bergarbeitervertreter in den Parlamenten unbedingt notwendig.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf ein Oppositioneller dagegen protestierte, daß man am Sonntag die Begrüßungsrede der sächsischen Regierung zugelassen habe, wurde in die Mittagspause eingetreten.

Gegen die kommunistischen Zersetzungsmethoden.

In der Nachmittagssitzung wurde der Kassenbericht und der Bericht des Kontrollausschusses erstattet. Inzwischen unterbreitete der Vorstand folgende Entschließung:

„Die 24. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nimmt mit tiefster Beschämung und höchster Entrüstung Kenntnis von den unerhörten Angriffen, die während der sich gegen den Kapitalismus richtenden Bergarbeiterkämpfe von kommunistischen Zeitungen und ebensolchen Flugblättern in Rheinland und Westfalen, Oberschlesien und Sachsen gegen die im Vordertreffen dieser schweren Wirtschaftskämpfe stehenden Kameraden erfolgt sind.

Die Generalversammlung erwartet einmütig, daß in Zukunft solche Kampfesarten unterbleiben, denn sie führen nur zur weiteren Entzweiung der Bergarbeiter.

Die Generalversammlung, zusammengesetzt aus Delegierten, die sich zu den verschiedensten politischen Parteien bekennen, verlangt, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterbewegung in sachlicher Weise und nicht in einer das Leben oder die Gesundheit bedrohenden Art ausgetragen werden."

Die Entschließung wurde gegen 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Es folgte dann die Debatte über den Geschäftsbericht usw., in deren Verlauf Redner aller Richtungen zu Worte kamen. Ein Vertreter des Saargebietes erklärte u. a., daß die Leistungen der Bergarbeiter an der Saar um 60 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen seien. — Franz (Hindenburg) stellte fest, daß die Löhne im polnischen Teil Oberschlesiens um 20 Prozent höher seien als im deutschen Gebiet, obwohl hier wesentlich mehr geleistet würde als in Polnisch-Oberschlesien. Durch die Haltung des Reichsarbeitsministers sei in Oberschlesien großer volkswirtschaftlicher Schaden angerichtet worden.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind 146 Delegierte, 19 Vorstandsmitglieder, 29 Bezirksleiter, 8 Kontrollausschußmitglieder, 2 Redakteure, 4 Verbandsangestellte und 4 Gäste anwesend.

Die Debatte wurde gegen Abend auf Dienstag vormittag vertagt. In einer geschlossenen Sitzung sollen die Mißtrauensanträge gegen die Vorstandsmitglieder usw. behandelt werden.

Dresden, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der geschlossenen Sitzung am Dienstagvormittag referierte zunächst das Vorstandsmitglied Schmidt (Bochum) über die Taktik des Verbandes. Rosemann (Hattingen) sprach als Korreferent. Schmidt rechtfertigte die Tätigkeit der Verbandsleitung bei Tarifverhandlungen und bei den Verhandlungen über die Ueberarbeit. Rosemann wünschte schärfere Betonung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften und bei wichtigen Fragen umfassende Aktionen an Stelle von Teilstreiks in einzelnen Revieren. In sehr sachlicher Debatte nahm die Generalversammlung zu den Ausführungen der beiden Referenten Stellung, überwiegend im Sinne des Vorstandsmitgliedes Schmidt. Ueber eine von Rosemann eingebrachte Entschließung soll in öffentlicher Sitzung abgestimmt werden.

In der Nachmittagssitzung wurde die Aussprache über den Geschäftsbericht in der öffentlichen Sitzung fortgesetzt. Borrmann (Oelsnitz) besprach den Kampf der sächsischen Bergarbeiterschaft und ging scharf ins Gericht mit der Stellungnahme der Reichs- und sächsischen Regierung bei den jüngsten Kämpfen im Bergbau. Er sieht die Hauptaufgabe des Verbandes für die nächste Zeit in der Zurückgewinnung der verlorenen Mitglieder. Einen breiten Spielraum in der Debatte, an der sich Weilmeyer, Haushamm, Feck, Viktor, Engelhardt, Grüneberger, Krafcik, Richter (Halle), Mandla, Dutschmann und Lawrenz beteiligten, nahm vor allem das umkämpfte Knappschaftsgesetz ein. In seinem Schlußwort nahm Husemann dann die Gelegenheit wahr, die Auffassungen der Delegierten noch weiter zu klären und die schiefen Darlegungen der kommunistischen Opposition zu berichtigen. Scharf rechnete er dabei mit den kommunistischen Umtrieben im Verbande ab, die sich bis zur Mordhetze gegen die Führer des alten Verbandes verdichteten.

Angestelltentarifverhandlungen.

Der Afa-Bund teilt uns mit: Am 6. Juni forderten wir von der Allgemeinen Arbeitgebervereinigung eine Erhöhung der Gehälter für sämtliche Gruppen ab 1. Juni um 15 Prozent. Die Arbeitgebervereinigung erteilte uns darauf folgende Antwort: „Eine Gehaltserhöhung für den Monat Juni ist nach unserer Auffassung weder durch eine Veränderung in den Kosten der Lebenshaltung zu begründen, noch im Hinblick auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Betriebe für die Arbeitgeberschaft als tragbar anzusehen. Auf Grund dieser Sachlage halten wir eine Verhandlung über die von Ihnen eingereichte Forderung für völlig zwecklos." Nach Erhalt dieses Schreibens haben wir sofort den Schlichtungsausschuß angerufen, der zu Dienstag, den 17. Juni, Termin zu Einigungsverhandlungen anberaumte. Die Arbeitgeber-Vereinigung war nur durch Herrn Werber vertreten. Herr Werber erklärte im Namen der Arbeitgebervereinigung, daß eine Erhöhung der Gehälter ab 1. Juni nicht in Frage kommen könne. Herr Prof. Joerges setzte daraufhin auf Dienstag, den 24. Juni, vorm. 10 Uhr, Verhandlungstermin mit Beisitzern vor dem Schlichtungsausschuß an.

Kolleginnen und Kollegen! Die wirtschaftliche Lage der Angestellten zwingt uns, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine Erhöhung der Gehälter herbeizuführen. Die Angestellten können aber nur dann ihre Rechte dem Arbeitgeber gegenüber durchdrücken, wenn sie eine geschlossene Front bilden. Jeder, der mithilft, eine geschlossene Phalanx der Angestellten zu bilden, trägt dazu bei, die Lage der Angestellten zu verbessern. Stärkt also die freien Gewerkschaften.

Das soziale Verständnis der hallischen Metallindustriellen.

Aus dem Bureau des DMV. wird uns geschrieben: Eine am Dienstag, dem 17. Juni, stattgefundene Funktionärsitzung des DMV. nahm den Bericht von der Lohnverhandlung, am 13. Juni vor dem hallischen Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Herrn Professor Joerges gefällt, entgegen. In mehrstündiger Verhandlung wurde nichts erreicht. Die bestehenden Mailöhne laufen für den Monat Juni weiter. In der Aussprache brachten die Kollegen zum Ausdruck, daß es ihnen unverständlich ist, wie solch ein Abschluß zutage gefördert werden konnte. Ein Kollege brachte darauf folgende Entschließung ein:

„Die hallischen Funktionäre des DMV. ersehen aus dem Schiedsspruch das wenige soziale Verständnis des Unternehmertums in so schweren wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen sich die Metallarbeiter befinden und erkennen, daß dieselben die Sache stets bis zum äußersten auf die Spitze treiben. Sie geloben, in Zukunft treu zur Verwaltung des DMV. zu stehen, um im gegebenen Augenblick den Unternehmern ihrerseits Widerstand entgegenzustellen."

Abgelehnte Lohnforderung.

Der Deutsche Verkehrsbund hatte für seine Mitglieder im Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0007

nebst Merseburg den zuletzt vereinbarten Lohntarif am 15. Mai zum 1. Juni aufgekündigt. Obwohl die gestellten Forderungen sehr niedrig gehalten waren, wurden sie von Arbeitgeberverband aber brüsk abgelehnt und jede Verhandlung darüber verweigert. Der angerufene Schlichtungsausschuß lehnt ebenfalls ab, einen Spruch auf Lohnerhöhung zu fällen. Aus diesen Gründen müssen die in Frage kommenden Arbeitnehmer bis auf weiteres unter den bisher unzulänglichen Löhnen weiter schuften. Schuld daran tragen aber die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl selbst, weil sie immer noch der dummen Ansicht sind, daß die Arbeitgeber freiwillig Lohnzulagen gewähren. Daß sie sich darin gewaltig irren, werden sie nunmehr hoffentlich einsehen und sich wieder ihrer wirtschaftlichen Organisation anschließen, um gemeinsam dem Kapital das abzuringen, was ihnen mit Gewalt vorenthalten wird. Je eher sie dies tun, desto besser. Je länger sie damit zaudern, desto verhängnisvoller für sie, um so besser für das vereinigte Arbeitgebertum. Es muß deshalb den gesamten Arbeitern und Arbeiterinnen im Handels- und Transportgewerbe erneut der Ruf in die Ohren gellen: **Organisiert Euch alle im deutschen Verkehrsbund, wenn Ihr nicht vollends untergehen wollt!**

Wenn zwei dasselbe tun ...

In der Nummer 85 der angeblich unabhängigen „Republik" ist eine längere Notiz über den **Streik der Bauarbeiter in Zeitz** enthalten. Es wird dort zunächst richtig mitgeteilt, daß in einer Bauarbeiterversammlung vom 11. Juni der Beschluß gefaßt worden ist, **bei drei Bauunternehmungen in den Streik zu treten.** Das „unabhängige" Blatt knüpft an diese Mitteilung die Bemerkung, daß es das Verhalten des Vorsitzenden des Baugewerksbundes, Baugewerkschaft Zeitz, nicht verstehen könne. Es wird ganz verwundert gefragt, warum denn nicht alle Unternehmer bestreikt würden und man sich wieder mit diesen Teilaktionen begnüge. Den Schluß der Notiz bilden die üblichen Angriffe auf die Gewerkschaftsbureaukraten, vermischt mit den übelsten Schimpfereien und der Aufforderung, die kommunistische Zellenorganisation zu kräftigen, damit die „reformistischen Schädlinge" zum Teufel gejagt werden können. Von der Baugewerkschaft Zeitz des Baugewerksbundes wird uns zu dieser hahnebüchenen Leistung des Kurbs-Blattes geschrieben:

Den Verfasser dieser Notiz muß die im Deutschen Baugewerksbund organisierte Arbeiterschaft in den Reihen derjenigen Leute suchen, die wegen ihres die Organisation schädigenden Verhaltens ausgeschlossen werden mußten. Schon allein durch diese Feststellung wird jedem klar sein, zu welchem Zweck derartige Niederträchtigkeiten in die Presse lanciert werden. Es ist klar, daß Leute, die wegen der Aufforderung zur Beitragssperre in keiner Organisation geduldet werden können, jeder Zutritt zu Versammlungen verwehrt werden muß. Daß der Vorsitzende unserer Organisation nur zu Recht gehandelt hat, als er Unorganisierten den Zutritt zur Versammlung verwehrte, wird jeder ehrliche Förderer des gewerkschaftlichen Gedankens begreifen. So wird auch in Zukunft trotz aller Stänkereien von seiten der „Opposition" verfahren werden.

Es wird in der Notiz dann die Frage aufgeworfen, **warum nicht allgemein gestreikt wird,** und die beschlossenen **Teilaktionen werden verworfen.** Das können wir verstehen, denn welcher Sterbliche aus den Reihen der Gewerkschaftler hat es schon den in Zeitz ganz vereinzelt vorkommenden Weisen vom Schlage eines Wagner recht machen können. Dieser Musterknabe ist als überklug allgemein bekannt. Wenn wir ihm aber mitteilen, daß seine Glaubensgenossen in Halle, die sich nach der Zerstörung der hallischen Baugewerkschaft in einem „Verband der Ausgeschlossenen" (sprich: Ausgerissenen) zusammengefunden haben, **genau wie die Zeitzer Bauarbeiter zu partiellen Streiks gegriffen haben,** so wird er gewiß aller Welt verkünden, daß das etwas ganz anderes ist. **In Halle hat der „Verband der Ausgerissenen" den Teilstreik eröffnet,** und zwar bei den Firmen Bode, Hoffmann & Lüchelmann und Schulze. Uns ist noch sehr wohl erinnerlich, daß der Hauptmacher des Ausgerissenenverbandes, Steitz, zu der Zeit, als er noch Mitglied im Deutschen Baugewerksbund war, immer verlangte, daß bei Lohnstreitigkeiten sofort vom Vorstand des Deutschen Baugewerksbundes der Generalstreik über das gesamte deutsche Baugewerbe verhängt werden sollte. Geschah das nicht, dann wurden alle, die seine Weisheit nicht zu der ihren machten, als Verräter der Arbeiterklasse gebrandmarkt. **Und heute ist dieser Zerstörer der Bauarbeiterorganisation genau dasselbe, was der Baugewerksbund auch ist.** Daran werden die Kollegen erkennen, wo die wirklichen Demagogen sitzen. Aber gewiß, wenn man sich die Lehren von Lenin zu eigen macht, die dahin gehen, daß mit Lüge, Verleumdung und Verdrehung der Wahrheit die Einigkeit unter den Arbeitern ins Wanken gebracht werden soll, dann wird man auch die Notiz der kommunistischen Hetzer in der unabhängigen „Republik" zu würdigen wissen.

Aussperrung der Bauarbeiter in Zeitz.

Die Zeitzer Scharfmacher des Baugewerbes haben am Montag ihre Arbeiter ausgesperrt. Da versucht wird, an Stelle der ausgesperrten Bauarbeiter arbeitswillige Elemente heranzuziehen, muß jeder Zuzug nach Zeitz ferngehalten werden.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Halle. Die Kontrolle für die am Streik beteiligten Mitglieder findet nur im Bureau, Harz 42/44, statt. Die Ortsverwaltung.

Die Streikgefahr bei der Eisenbahn endgültig beseitigt.

Wie die Telegraphen-Union von gutunterrichteter Seite erfährt, ist die Streikfrage im Eisenbahnerkonflikt als beseitigt anzusehen.

Reaktionäre Arbeiterpolitik der Gemeinden.

Es wird uns geschrieben: Der Arbeitgeberverband Deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände hatte den Reichsmantaltarif, der mit dem 1. Juli 1924 abläuft, gekündigt und den Vorverhandlungen in Weimar am 2. und 3. Juni einen Entwurf unterbreitet, der die sozialen Einrichtungen unter das Maß von 1900 zurückschrauben wollte. Außerdem sah der Entwurf eine generelle 54stündige Arbeitszeit pro Woche vor, die nach Vereinbarung auf 60 Stunden ausgedehnt werden sollte. In den neuen Verhandlungen, die am 11. und 12. Juni stattfanden, versuchten die Arbeitgeber wieder, den alten Entwurf als Verhandlungsunterlage bestehen zu lassen, obwohl sich die Gesamtlage inzwischen wesentlich geändert hat. Unter andern wurden Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Reichsmantaltarifvertrag gefordert, deren Annahme für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nicht in Frage kommen konnte. Als dann den Wünschen der Arbeitgeber am zweiten Tage in bezug auf die Arbeitszeit nicht Rechnung getragen werden konnte, brachen sie die Verhandlungen plötzlich ab, offensichtlich in der Absicht, auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens wenigstens einen Teil ihrer Verschlechterungen in den neuen Reichsmantaltarifvertrag hineinzubringen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat gegenwärtig nicht die Absicht, in ein solches Schlichtungsverfahren einzutreten, weil noch über 30 Differenzpunkte vorhanden sind und eine Basis für einen etwaigen Schiedsspruch überhaupt noch nicht gegeben ist. Wir verlangen von den fortschrittlichen Stadtverwaltungen, daß sie den scharfmacherischen Tendenzen in der Geschäftsstelle des Reichsarbeitgeberverbandes nicht folgen und sich bei der Lohnregelung von den sozialen Gesichtspunkten leiten lassen. Auch hier wirken sich die Folgen der letzten Wahlen aus.

Immer neue kommunistische Niederlagen.

In Berlin in nächster Nähe der Kommunistischen Zentrale und im Ausstrahlungsgebiete der „Roten Fahne" haben die Kommunisten eine empfindliche Niederlage erlitten: bei der Neuwahl der Berliner Ortsverwaltung der Metallarbeiter. Die alte Ortsverwaltung Fisa-Ulbrig stellte sich zur Neuwahl. **Von den 400 anwesenden Delegierten stimmten nur 67 gegen die alte Ortsverwaltung.** Mit einer solch gewaltigen Niederlage dürften die Kommunisten selbst nicht gerechnet haben. Sie glaubten schon ziemlich sicher im Besitz der Berliner Ortsverwaltung zu sein, nachdem sie bei der vorjährigen Wahl der Delegierten zur Generalversammlung über 50 000 Stimmen, die sozialistische Liste nur über 20 000 Stimmen erhielt.

Die Verwaltungsstelle hat, wie in Remscheid, Essen und Halle, wo die Kommunisten das Heft in den Händen haben, infolge der kommunistischen Wühlarbeit Tausende von Mitgliedern verloren, und diese Tatsache hat den Berliner Metallarbeitern zu denken gegeben. Nun geben sie Moskau die Quittung. Warum aber muß das Erwachen immer erst nach schweren Schädigungen der Arbeiterbewegung erfolgen? Der abschreckenden Beispiele kommunistischer Zerstörungsarbeit gibt es doch so viele, daß sie nicht erst jeder einzelne Ort, jede einzelne Gewerkschaft, jedes einzelne Mitglied durchzukosten brauchte, um zur Erkenntnis und Abkehr von den Kommunisten zu kommen.

Aussperrung der Kohlenbergleute in Bayern. Der Arbeitgeberverband der bayerischen Kohlenbergwerke hat der gesamten Belegschaft bis zum 26. Juni gekündigt, weil er die nach dem Schiedsspruch für die Kohlenbergarbeiter zu zahlende 4prozentige Lohnzulage nicht zahlen könne. Komme eine Einigung nicht zustande, so sei mit der Aussperrung von etwa 6000 Arbeitern im bayerischen Kohlenbergbau zu rechnen.

Aussperrung der Bauarbeiter in Ostpreußen. Von Arbeitgeberseite im Baugewerbe wird mitgeteilt, daß die Mitglieder sämtlicher Arbeitgeberverbände des Baugewerbes die Aussperrung aller Bauarbeiter der Provinz Ostpreußen mit Wirkung vom 18. Juni beschlossen haben, da die Arbeitnehmer alle Schiedssprüche abgelehnt hätten.

Wetter-Voraussage.

Donnerstag, 19. Juni. Sehr warm, bald heiter, bald schwere Gewitterwolken, starke Gewitterregen.

Freitag, 20. Juni. Nach weiteren Gewitterregen mäßige Abkühlung.

Bezugsquellen-Verzeichnis des „Volksblatt"

Ernst Schubert, Crumpa
Mühle und Bäckerei :: Getreide :: Mehl :: Futtermittel

A. Sauer Nachf.
Inhaber: Richard Urban
Mücheln
Manufakturwaren, Modewaren Konfektion
Arbeiterbekleidung
Aeltestes und größtes Geschäft am Platze

R. Ostwald
Bitterfeld, Hallesche Str. 15
Gegründet 1857 — Telephon 592
Wollwaren, Strickgarne, Damen- und Kinderwäsche, Schürzen u. Korsetts — Herren-Wäsche u. - Herren-Artikel, Schlipse -
Sämtliche Kurzwaren

E. Preller
Delitzsch
Manufaktur-, Leinen- u. Baumwollwaren
Gardinen und Arbeiterkonfektion

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen z. Herstellung von
Drucksachen aller Art
in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.
Halle a. S.: Tel. 6605: Harz 42/44

Ad. Spiller Nachf.
Inh. Hans Wiegandt.
Mücheln. Telefon 109.
Mode- und Manufakturwaren, Pelzwaren Wäsche, Hüte, Mützen, Krawatten, Hosenträger, Handschuhe, Arbeitergarderobe.

Qualitäts-Schuhwaren
Viele Arten. Beste Fabrik.
Günstige Preise
Pannier
Torgau, Markt
Große Werkstatt für Reparaturen

S. Jarosch Nachf.
Bitterfeld, Markt 7
Das Haus der guten Qualitäten für Herren-, Knaben-, Berufs- und Sportbekleidung

Kaufhaus
Max Salzmann
Wittenberg
Markt 1 Markt 25
Zweiggeschäfte:
Piesteritz -- Zschornewitz
Nur gute Qualitäten zu billigen Preisen!

M. Bergmann,
Inh.: Oscar Bergmann
Mücheln.
Herren-, Knaben- und Berufskleidung .·. Hüte, Mützen.

Gotth. Tonus, Bodwitz
empfiehlt
Fahrräder, Nähmaschinen
Musikwaren, Haus- und Küchengeräte, Glas-, Porzellan und Emaillewaren, Werkzeuge

Karl Wittenbecher
Merseburg, Am Neumarktstor 1
Hüte :: Mützen

Gut und billig kaufen
Sie stets
Kleider-Stoffe, Wäsche-Stoffe
Damen-Mäntel, Herr.-Anzüge
Berufs-Kleidung
bei
M. Hart Nachf.
Delitzsch Markt 8

Michel
Anerkannt beste Marke :: Hausbrand-Industrie
Jahresprodukt.: 180 000 Doppelwaggons
Generalvertrieb für Merseburg u. Umgeg.
Michelbrikett-Verkaufsstelle
m. b. H.
Fernsprecher 8. Neumarkt 67
Merseburg
Steinkohl., Koks, Rohkohle
Naßpreßsteine, Torfstreu
Dachpappe, Brennholz.
Baumaterialien-Handlung.

„VOLKSBLATT"
Die Verordnung über die Arbeitszeit
mit Erläuterungen.
Im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart.
Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.
BUCHHANDLUNG

Neues vom Tage.

Ueberfall auf einen Landjäger.

Nach einem Bericht des „Weißenfelser Tageblattes" wurde auf dem Rückwege von einem Dienstwege in Poserna der Landjäger Gaßmann in vergangener Woche im Schanzenwäldchen zwischen Rippach und Poserna von sechs Männern überfallen. Die Bande riß den Beamten vom Rade, überwältigte ihn, trotzdem er sich aus Leibeskräften wehrte und stieß ihn in die an der Ueberfallsstelle vorüberfließende Rippach, um ihn zu ertränken, und zwar wurde er mit dem Kopf ins Wasser und den Schlamm gedrückt und schließlich noch sein Rad auf ihn geworfen. Da die Verbrecher ihr Ziel erreicht glaubten, verschwanden sie unerkannt. Dem fast ohnmächtigen Beamten gelang es jedoch, sich aus dem Schlamm zu befreien. Die Untersuchungen über den Fall sind im Gange, jedoch nicht abgeschlossen. Zweifellos liegt ein Racheakt vor.

Ein Wüterich.

Ein blutiges Eifersuchtsdrama spielte sich bei dem Dorfe Großschönau (Lausitz) ab. Auf dem Nachhauseweg vom Tanzsaal überfiel der 26 Jahre alte Spinner Eduard Bürger aus Obergrund in einer Anwandlung von Eifersucht seine Braut, die 19 Jahre alte Samtschneiderin Pauline Müller aus Obergrund und brachte ihr in der Absicht, sie zu töten, 22 blutende Wunden mit dem Taschenmesser bei. Als er sich darauf einige Schritte entfernt hatte, suchte das Mädchen sich aufzurichten. Das veranlaßte den Roßling, umzukehren und das Mädchen erneut mit dem Messer zu bearbeiten. Darauf versuchte er, es in den nahen Teich zu werfen. Als Leute hinzukamen, unternahm er einen Selbstmordversuch, der aber mißlang. Der Täter konnte festgenommen werden, das Mädchen liegt in schwerverletztem Zustande im Krankenhaus darnieder.

Kaufhaus Rosenthal Wir bringen unser reichhaltiges Lager in Kurz-, Weiss- und Wollwaren, Leinen- und Baumwollwaren und Manufaktur, sowie unsere Damen- und Kinderkonfektion in empfehlende Erinnerung **Torgau, Bäckerstr. 6**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192406181-13/fragment/page=0008